

Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion und Verwaltung: Prag, II., Haaslerova n. 22.

Telephone: Tagesredaktion: 6793. Nachredaktion: 6797.

Postfachamt: 57344.

Inserate werden laut Tarif biligst berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachlass.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post:

monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährlich 96.—
jährlich 192.—

Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einzahlung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montags täglich 10 Bl.

4. Jahrgang.

Samstag, 23. Feber 1924.

Nr. 46.

Feinde des Achtstundentages.

Wer ist es, der bei uns am haßerfülltesten und borniertesten dem Achtstundentag gegenübersteht und ihn, je eher je lieber abgeschafft hätte? Wer anders als die Deutschen, die als die wahren Hüter des Deutschtums auftreten, die aber dieses Deutschtum stets nur in der Förderung der Interessen der deutschen Besitzklassen und der Erhaltung ihrer Ausbeutungsrechte über die arbeitenden Massen des deutschen Volkes verstanden haben. Die internationale Reaktion ist überall zum Sturmangriff gegen den Achtstundentag übergegangen und in Deutschland wurde der Achtstundentag durchbrochen: das läßt auch bei uns die deutschen nationalen Schildeknappen und Schleppträger des Ausbeutertums Morgenluft wittern. Nun glauben sie aus ihrem Herzen länger keine Mördergrube machen zu müssen und treten eifrig für die Abschaffung des Achtstundentages ein, wobei sie die Schreckbilder der angeblichen Konkurrenzunfähigkeit der Industrie an die Wand malen. Sie wissen sehr wohl, daß der Achtstundentag ein Meilenstein im Befreiungskampfe der Arbeiterschaft ist und darum sind sie bestrebt, diesen Meilenstein zurückzuwerfen.

So finden wir in der Warnsdorfer „Abwehr“, die sich „Nationales Tagblatt für die Deutschen in Böhmen“ nennt, unter dem Titel „Arbeitszeit und Arbeitslosigkeit“ einen Artikel, der einen gewissen Ingenieur Herbert Klinger zum Verfasser hat und der sozusagen „wissenschaftlich“ die Notwendigkeit der Verlängerung der Arbeitszeit beweisen will. Solche „wissenschaftliche“ Beweise kennt man nachgerade zur Genüge. Es ist der Bourgeoisie noch immer gelungen, die nötigen geistigen Klopfschreiber für ihre Interessen aufzutreiben. Wir erinnern uns der Professoren und sonstigen wissenschaftlichen Autoritäten, die im Kriege, zur Zeit der ärgsten Lebensmittelnot, „wissenschaftlich“ bewiesen, daß der Mensch um so gesünder wäre, je weniger er zu sich nehme, und daß gerade die Surrogate der Lebensmittel, mit denen die Bevölkerung damals gefüttert wurde, für die Ernährung am zweckdienlichsten sind. In dieser nicht mehr ganz unbekanntem Weise unternimmt es auch dieser Herr Ingenieur Herbert Klinger, „die vielfach verbreitete Meinung zu widerlegen“, daß in Zeiten herrschender Arbeitslosigkeit eine Verlängerung der Arbeitszeit nur den Erfolg zeitigen könne, daß mehr Arbeiter gekündigt werden und damit die Zahl der Arbeitslosen sich vergrößere. Das ist nach der Anschauung des Herrn Klinger keineswegs den Tatsachen entsprechend, werde aber von gewissen Leuten aus eigennütigen oder politischen Motiven geflüstert immer wieder verbreitet. Zum angeblichen Beweise führt Klinger an, daß im Ruhrgebiet, bevor dort die zehnstündige Schichtzeit eingeführt wurde, alles stillgelegen sei. Die deutschen Werke konnten, wie er behauptet, ihrer hohen Gesehungskosten wegen den Wettbewerb der französischen, belgischen und luxemburgischen Werke nicht mehr aushalten. Mit der Verlängerung der Arbeitszeit habe sich die Leistung der Bergarbeiter von 6,5 Meterzentner pro Mann und Schicht auf neun Meterzentner erhöht und damit sei die Arbeitslosigkeit wie mit einem Schlage behoben gewesen. Was der Herr Ingenieur da erzählt, das ist eine plumpe und dreiste Fälschung der Tatsachen. Der Stillstand im Ruhrgebiet war nicht wegen der Konkurrenzunfähigkeit der deutschen Industrie erfolgt, sondern Stinnes und Konsorten hatten einfach die Werke stillgelegt, um die Arbeiter arbeitslos zu machen und sie durch die Hungerpeitsche zum Verzicht auf den Achtstundentag zu zwingen. Dem deutschnationalen Blatte erscheint es natürlich als seine heiligste Aufgabe, dafür einzutreten, daß der Profit der Schwerindustri-

Neuer Konflikt mit Frankreich.

Poincaré weist die deutsche Wälznote zurück.

Berlin, 22. Feber. (Eigenbericht.) Im Reichstage gab heute der Außenminister Stresemann ein Bild von der Tätigkeit des auswärtigen Amtes in der Pfalzfrage und gab dabei bekannt, daß der deutsche Botschafter in Paris heute mitgeteilt habe, die französische Regierung habe eine am 20. Feber überreichte deutsche Note, die das gesamte Material zur Pfalzfrage enthielt, zurückgesandt. Frankreich lehne es ab, diese Note entgegenzunehmen, weil es sich nicht in Streitigkeiten zwischen Deutschen einmischen wolle und an ihnen nicht beteiligt sei.

Die Zurückweisung dieser deutschen Note, so führte Stresemann aus, werde nur dazu beitragen, an Stelle der Verständigung, die jeder wünsche, aufs neue die Verzweiflung eines Volkes zu setzen. Die Stellungnahme der französischen Regierung und des französischen Ministerpräsidenten, die nicht einmal überall in Frankreich verstanden würde, sei auch deshalb besonders bedauerlich, weil die Welt nach einer Lösung der großen wirtschaftlichen und finanziellen Fragen suche und gerade jetzt hoffe man, daß man dieser Lösung einigermaßen näher gekommen sei. Jedermann in Deutschland wüßte diese Verständigung, aber die Lösung dürfe sich nicht nur auf materielle Gesichtspunkte beschränken; es

handle sich dabei nicht nur um das Verhältnis von Kohle und Erz, von Goldnotenbank und Reparationen, sondern um das Verhältnis der Völker zueinander. Das deutsche Volk könne schwerste Lasten nur dann übernehmen, wenn es sicher sei, daß es damit die vertragsmäßige Freiheit erwirke, auf die es ein Recht habe. Das gelte nicht nur für die Pfalz, sondern für das ganze besetzte Gebiet überhaupt. Der Kampf des ganzen Volkes um seine Menschenrechte werde weitergehen, auch wenn man die deutsche Note zurückweise, und was sich aus der Verzweiflung der Menschenrechte ergebe, werde schließlich nicht auf diejenigen fallen, die man dadurch zur Verzweiflung treibe, sondern auf die Urheber.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung genehmigte der Reichstag einen Antrag des Oberreichsanwaltes auf Strafverfolgung des deutschböllischen Abgeordneten von Graefe wegen Hochverrat, nachdem Graefe selbst darum ersucht hatte. Im Reichstage haben die Deutschnationalen einen Antrag auf Aufhebung der dritten Steuernotverordnung eingebracht. Es handelt sich dabei nur um ein wohlthätiges Manöver, nachdem die Sozialdemokraten bereits vor drei Tagen eine Reihe wichtiger und notwendiger Abänderungsanträge eingebracht hatten.

Poincarés kleine und immer kleinere Mehrheit.

Paris, 22. Feber. (Kammer.) In der heutigen Vormittagsitzung der Kammer wurden die Artikel 37—45 der Finanzvorlage angenommen. Diese Artikel beziehen sich zum Teil auf die Durchführung der Modalitäten bei der Aufhebung des Zündholzmonopols.

In der Nachmittagsitzung der Kammer wird zunächst eine Modifikation des Antrages des Abgeordneten Perriot angenommen, welcher besagt, daß im Falle der Wiedereinführung des Zündholzmonopols, d. h. bei der Wiederübernahme desselben durch den Staat die Konzessionäre nur eine Entschädigung für ihre Vorräte erhalten. Abgeordneter Kollier verlangt die Abtrennung der Artikel 47—51, welche sich mit den Bußen bei Steuerhinterziehungen

vergrößert werde und darum drückt es diese bewußten Verdrehungen des Kapitalistenfindlings nach.

Auf einer ähnlichen Stufe der Wahrheit stehen auch die übrigen Klingerischen Behauptungen. Er hält eine Herabsetzung der Gesehungskosten für notwendig, um die schwindende Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Industrie zu heben und erzählt, daß die meisten Betriebe bei der gleichen Anzahl von Leuten um rund 40 Prozent weniger erzeugen als vor dem Kriege. Ausdrücklich stellt er fest, daß dieser Rückgang der Jahresleistung der Arbeiter nicht deshalb erfolgt ist, weil die Arbeiter auf die Stunde gerechnet weniger leisten, sondern „weil jeder Arbeiter beiläufig um 700 Stunden jährlich weniger arbeitet als früher“. Sieht man sich diese Rechnung etwas genauer an, so enthüllt sie sich sofort als plumpe Schwindel. In den meisten Betrieben betrug die Arbeitszeit vor dem Kriege 52,5 Stunden wöchentlich gegen 48, die jetzt gearbeitet werden. Das bedeutet einen Anstieg von insgesamt 228 Arbeitsstunden. Herr Klinger rechnet aber 700 Stunden heraus, behauptet, daß die jährliche Leistung des Arbeiters um 40 Prozent geringer ist, während in Wahrheit doch nur von einer Kürzung der jährlichen Arbeitsleistung um höchstens acht Prozent die Rede sein kann. Mit solchen faustdicken Lügen sucht Herr Klinger der Deffensivität die Notwendigkeit der Verlängerung der Arbeitszeit mundgerecht zu machen, und das deutschnationale Blatt gibt sich dazu her, diese plumpen Fälschungen abzu-

Die Aufziger Theaterfrage.

Die politische Landesverwaltung hat als die Rechtsnachfolgerin der Statthalterei der Stadt Auziger die Konzession zum Theaterbetrieb im Herbst des vergangenen Jahres nur unter der Bedingung erteilt, daß der tschechischen Minderheit mindestens 30 Vorstellungen gewährt werden. Die Stadt erhob gegen diese Vorschreibung einen Rekurs, der bis heute nicht erledigt ist. Dagegen kam im Januar die plötzliche Mitteilung, daß die Konzession weiterhin nicht erneuert werde, da der Konzessionsinhaber keine Anstalten getroffen habe, die Bedingungen der Konzession zu erfüllen und weil keine Ursache zu ihrer Weiterverlängerung bestünde. Man konnte betreffs des ersten Punktes nur mutmaßen, daß es sich um die Frage der tschechischen Vorstellungen handle, mutmaßen deshalb, weil bis zu diesem Zeitpunkt niemand das Theater für tschechische Vorstellungen angesprochen hatte, so daß auch niemand abgewiesen wurde. Der zweite Teil der „Begründung“ war so abstrus, daß es sich kaum verlohnte, über ihn zu sprechen. Denn es würde der politischen Landesverwaltung sicherlich schwer fallen, zu erklären, wo für die Erneuerung einer Theaterkonzession ein Bedürfnis besteht und wo nicht. Das Theater sollte dann bekanntlich gesperrt werden, durch Aufnahme der Verhandlungen mit dem tschechischen Erdbildungsausschuß konnte eine Fristverlängerung erreicht werden, bis zu der provisorisch die Konzession erneuert wurde. Diese Frist läuft bis 20. Februar, doch sollten bis 20. Februar der politischen Landesverwaltung die Belege über eine inzwischen erfolgte Einigung mit der tschechischen Minderheit übermittelt werden, um ihr die notwendigen Grundlagen für die Verleihung der Konzession zu geben.

So war die Rechtlage in den vergangenen vierzehn Tagen. Dem an der Erhaltung des Theaters lag, der mußte sich mit aller Kraft dafür einsetzen, daß die Verhandlungen mit der tschechischen Minderheit, die durch den tschechischen Erdbildungsausschuß repräsentiert war, zu einem Resultat führten. Ergab sich keine Einigung, so stand zu befürchten, daß die Konzession überhaupt nicht erteilt, das Theater somit gesperrt würde. Es ging nicht mehr um ein nationales Prinzip, sondern um den Bestand des Theaters. Die Verhandlungen begannen. Die Tschechen stellten Forderungen, von denen man billigerweise sagen muß, daß sie bei gutem Willen zu einem günstigen Resultat führen konnten. Die tschechische Minderheit beantragte 30 Vorstellungen, u. z. höchstens 12 Vorstellungen in der Hauptstadt, also vom 15. September bis 1. Juni, die übrigen Vorstellungen im Sommer oder vom 1. bis 15. Sep-

tember, um seinen Eifer in der Vertretung Ausbeuterinteressen zu zeigen.

Die Hege der Deutschnationalen gegen den Achtstundentag liegt ganz in der Linie ihrer arbeitserfeindlichen Politik überhaupt. Was es denn beim großen Bergarbeiterstreik im Vorjahr anders? Standen die Deutschnationalen nicht auch damals auf Seite der deutschen und tschechischen Grubenmagnaten? Der Bergarbeiterstreik war von den Grubenbesitzern vom Zaune gebrochen worden, weil sie die Kosten der Bergbautriebe reißlos auf die Schultern der Bergarbeiter abwälzen wollten. Nicht nur für die tschechischen und polnischen, auch für zehntausende deutscher Bergarbeiter hätte dies eine Herabdrückung ihrer Lebenshaltung unter das bescheidenste Existenzminimum bedeutet. Sie nennen sich „national“, aber die „Nation“ sind ihnen nicht die Arbeiter, sondern nur die besitzende Oberschicht des Volkes und daher wurde damals das Blatt Dr. Lodgmans, die „Sudetendeutsche Tageszeitung“, nicht müde, den Kampf der Bergarbeiter als ein Werk der „Hege der roten Arbeiterführer“ zu verleumdern. Sonst säßen sie stets von deutscher Volks- und Schicksalsgemeinschaft, welche die deutschen Arbeiter mit den deutschen Bürgern verbinde, aber hier, wo deutsche, jüdische und tschechische Kapitalisten zusammenwirkten, um auch den deutschen Volksgenossen Arbeitern ein Stück des Lebens zu rauben, ihren Frauen und Kindern wieder ein Stück Brot vom Munde zu reißen, da machten sie sich zu Verteidigern des Anschlages gegen die armen deutschen Grubenknechte; ebenso wie sie jetzt mit perfiden jesuitischen Argumenten gegen den

Achtstundentag gehen. In der Mißachtung jedes sozialen Empfindens suchen sie ihre Volkspolitik zu betätigen.

Auch sonst haben die Päpster des nationalen Gedankens bei allen Abwehrbestrebungen der Arbeiter gegen die Vorstöße des Unternehmertums für die Arbeiter nur Hohn und Spott übrig. Als anfangs dieses Monats in Bodenbach 1200 Arbeiter in den Streik traten und weitere 1300 Arbeiter ausgesperrt wurden, überließ Lodgmans „Sudetendeutsche Tageszeitung“ von Mitleid für die „noleidenden“ Fabrikanten und wendete sich gegen die zum Hungern verurteilten Arbeiter, denen sie vorwarf, den Streik „provokiert“ zu haben. In der Anechtlichkeit vor den Kapitalisten entblöden sich die Deutschnationalen sogar nicht, den Arbeitern einreden zu wollen, die Verlängerung der Arbeitszeit diene ihrem eigenen Besten, denn nur durch eine erhöhte Arbeitsleistung könne die Industrie konkurrenzfähig gemacht werden und die Arbeiter des Erfolges der erzielten Preisherabsetzungen teilhaftig werden. Es hat Ganzperioden der Konjunktur für die Unternehmer gegeben, aber noch nie fiel es ihnen ein, die Arbeiter an den fetten Gewinnen teilhaftig werden zu lassen.

Daß sich die Deutschnationalen so offen als Arbeiterfeinde und Gegner eines menschenwürdigen Lebens der Arbeiter demaskieren, ist nur erfreulich. Die Arbeiterschaft lernt wenigstens ihre Feinde kennen. Sie weiß, daß sie den Kampf für die Erhaltung des Achtstundentages allein nicht führen müssen, aber sie wird ihn zu führen verstehen! Darauf können sich die Kapitalisten und ihre deutschnationalen Helfer verlassen!

umber. Als Entschädigung für die Ueberlassung des Theaters, wobei nur die Vermittlung des Juristen, keineswegs jene der künstlerischen Kräfte oder des Orchesters inbegriffen ist, wollen die Tschechen in der Hauptsache folgende Entschädigungen bezahlen:

für Sonntag abends	K 12.000.—
" Sonntag nachmittags	" 6.000.—
" Samstag abends	" 9.000.—
" Samstag nachmittags	" 3.500.—
" Wochentagen abends	" 6.000.—
" Sonntag vormittags	" 2.500.—

Für die Zeit der Vor- und Nachsaison sollten um 30 Prozent niedrigere Preise bezahlt werden. Diese Preise entsprechen im allgemeinen den durchschnittlichen Einnahmen, sind teilweise sogar höher. Als Entschädigung für diese Auslagen verlangten die Tschechen einen Anteil an der städtischen Subvention, u. z. im Ausmaße von einem Sechstel der an die Deutschen gezahlten. Außerdem wollten sie sich verpflichten, ein Subventionsgeschäft der Stadt beim Staate zu unterstützen und verlangten auch von dieser eventuellen Subvention ein Sechstel. Nun ist es so, daß ohne Mitwirkung der tschechischen Minderheit eine staatliche Subvention kaum erhältlich ist. Rechnet man, daß ca. 100.000 Kronen bewilligt worden wären, so entfiel davon auf die Stadt ein Betrag von über 80.000 Kronen. Rechnerisch hätte sich also bei der Annahme des ersten tschechischen Antrages wohl ergeben, daß die Stadt eine Subvention an die Tschechen in der Höhe von 100.000 bis 200.000 Kronen zu zahlen gehabt hätte, daß sie aber von den Tschechen ca. 180.000 Kronen zurückerhalten und dazu noch die etwa 80.000 Kronen staatliche Subvention bekommen hätte, insgesamt also der Ausgabe von höchstens 120.000 Kronen eine Einnahme von 260.000 Kronen gegenüberstand.

Die Wahlgemeinschaft und mit ihr die Nationalsozialisten lehnten das Angebot der Tschechen ab. Sie begründeten dies damit, daß die Stadt eine eigentliche Subvention an das Theater nicht bezahlen, da sie es ja in Eigenregie führe, somit für alle Ausgaben aufzukommen habe und dafür die Einnahmen erhalte. Das Defizit ergebe sich eben aus dem Fehlbetrag zwischen Einnahmen und Ausgaben, sei also ohnehin vorhanden, ob nun tschechische oder deutsche Vorstellungen gegeben werden. Dieser Standpunkt ist an sich richtig, denn durch die Bezahlung der tatsächlichen Einnahmen des Theaters, die zur Kostendeckung keineswegs reichen, erwächst der Stadt immer noch ein Defizit, dessen Bezahlung eben die Subvention darstellt, so daß die Tschechen durch Vermittlung des Theaters und Bezahlung der rechnungsmäßigen Einnahmen de facto an der Subvention partizipieren. Aber so wenig es bei der ganzen Sache um Recht oder Unrecht, sondern um die Rettung des Theaters geht, so wenig hat auch die Frage der Subvention mit Recht oder Unrecht etwas zu tun. Sag also der deutschbürgerlichen Mehrheit an der Erhaltung des Theaters, so mußte sie ernsthaft verhandeln. Da sie dies unterließ, nahmen die Tschechen die ersten günstigeren Vorschläge zurück und stellten neue Forderungen. Statt der 30 Vorstellungen verlangten sie nunmehr 50, die Bezahlung der Kosten der Theaterbenützung sollte auf Grund der durchschnittlichen Einnahmen erfolgen, von der Mithilfe bei der Erwirkung einer staatlichen Subvention war keine Rede mehr. Die Deutschbürgerlichen samt ihrem hakenkreuzerischen Anhang wußten sich bald zu helfen: der deutschnationale Bürgermeister Schöppe erklärte, es gebe nun keinen anderen Weg, als den, der politischen Landesverwaltung vom Ergebnis der resultierenden Verhandlungen Kenntnis zu geben, ihr die gegenseitigen Vorschläge der Tschechen und der deutschen Mehrheit bekanntzugeben und ihr im übrigen die Entscheidung zu überlassen. Ein Antrag unserer Fraktion, eine neue Verhandlungskommission einzusetzen, die bis 1. März die Verhandlungen abzuschließen habe, scheiterte am Stimmverlauf der beiderseitigen Chauvinisten. So ergibt sich nun das etwas sehr merkwürdige Bild, daß die deutschbürgerlich-hakenkreuzerische Verwaltung einer deutschen Stadt sich freiwillig der Gemeindeautonomie begibt und die Entscheidung in einer lebenswichtigen Frage der politischen Landesverwaltung überläßt, statt auf dem Verhandlungswege selbständig zu einem Ergebnis zu kommen. Das ist nichts anderes als ein Akt politischer Feigheit. Denn um des Phantoms der nationalen Unmündigkeit willen rauben diese deutschbürgerlichen Verteidiger der deutschen Rechte einer von ihnen verwalteten Stadt das Recht der freien Entscheidung.

Daß die Sache nicht nur dann so merkwürdig aus, wenn man sie oberflächlich betrachtet. Dringt man etwas tiefer ein, so wird man bald die Nebenabsichten erkennen. Die bürgerliche Mehrheit der Stadt will sich einfach des Theaters entledigen. Hier scheint ihr die Hilfe der Landesverwaltung durchaus erwünscht. Denn entweder bewilligt nun die Landesverwaltung in Anbetracht der nicht gelungenen Verhandlungen keine Konzession, dann muß das Theater gesperrt werden, oder sie schreibt der Stadt unerträgliche Bedingungen vor, die auf den neuen tschechischen Forderungen bestehen, dann sperrt die bürgerliche Mehrheit das Theater unter Berufung auf diese Forderungen selbst. Im günstigsten Fall wird das Theater weiterbetrieben, bis der finanzielle Nachweis geführt ist, daß die Belastung zu groß wird und es wird zu Ende der Saison gesperrt, oder aber, die achtmonatige Spielzeit eingeführt. Diese Absicht geht schon aus dem Gegenvorschlag an die Tschechen hervor, in dem ausgeführt wird, daß man den Deutschen die Winter- den Tschechen die Sommerspielzeit überlassen solle, da es auf diese Weise der Stadtverwaltung möglich sei, entsprechende Verträge mit dem Personal zu treffen. Was die achtmonatige Spielzeit, von der man schon lange munkelt, bedeutet, konnte man in Aussicht bereits erfahren: die besten Kräfte gehen alle weg und es bleiben nur die zweiten und dritten Garnituren. So wird das künstlerische Niveau in der gewissenhaftesten Weise heruntergewirtschaftet, der deutschen Kunst auf diese Weise „geholfen“.

Der Fall des Auffsiger Stadttheaters ist ein Schulbeispiel für die Verwaltungskunst der Deutschbürgerlichen. Sie sanieren blindwütig draußlos und geht es nicht auf geraden, so muß es eben auf krummen Wegen gehen. Deutsche Kunst und deutsches Kulturinteresse sind ihnen gefada: wenn sie nur die „Unentwegten“ martieren und wenigstens irgendwo etwas einsparen können. Man wird sich diese „Segnungen“ wahrhaft deutschen Geistes zu merken haben.

Einiges aus dem Wehrgesetz.

Zur Information der Assentpflichtigen

Die Assentpflicht beginnt am 1. Jänner des Jahres, in welchem der Bürger sein 20. Lebensjahr erreicht und dauert bis 31. Dezember jenes Jahres, in welchem das 22. Lebensjahr beendet wird. Die in demselben Jahre Geborenen bilden eine Assentklasse. Zur Assentierung werden jährlich drei Assentklassen einberufen. Bei denjenigen, welche ihrer Assentpflicht im assentpflichtigen Alter nicht nachgekommen sind oder durch Strafverfahren nachgewiesen wird, daß ihre Assentierung durch eine der strafbaren Taten, welche im Wehrgesetz angeführt sind, vereitelt wurde, dauert die Assentpflicht bis 31. Dezember jenes Jahres, in welchem sie das 50. Lebensjahr erreichen. Die Assentpflicht verhält den Bürger dazu, sich vor die Assentierungs-Ueber-

prüfungs-Kommission zu stellen und sich dem vorgeschriebenen Verfahren zu unterziehen. Gesuche um Aufschub des Präsenzdienstes, genügend begründet und mit den nötigen Belegen versehen, sollen bei der politischen Behörde erster Instanz des ständigen Aufenthaltsortes vor der Assentierung, spätestens jedoch direkt bei der Assentierungskommission eingereicht werden. Falls die nötigen Belege vor der Assentierung nicht vorhanden sind, können dieselben nach der Assentierung mit Anführung des Grundes nachträglich vorgelegt werden. Es sei bemerkt, daß der Aufschub keinesfalls eine Kürzung des Präsenzdienstes bedeutet.

Die Reisespesen der Assentpflichtigen. Die Auslagen für die Reise zur Assentierung und zurück, sowie auch für seine Verpflegung trägt der Assentpflichtige selbst. Nur in einem Falle können die Reise- und Verpflegungskosten einem unbemittelten Assentpflichtigen auf Rechnung der Bezirksverwaltung durch das Gemeindeamt ausbezahlt werden, und zwar dann, wenn der Assentpflichtige in ein Militärhospital zwecks Konstatierung seines Gebrechens übergeben wurde, und dann nochmals einer Assentierungs(Ueberprüfungs)-Kommission vorgeführt wird. Assentpflichtige haben keinen Anspruch auf Entschädigung durch die Assentierung entgangenen Verdienste.

Strafen für Verspätung oder Verletzung der Assentierung. Falls der Assentpflichtige in der vorgeschriebenen Frist zur Assentierung (Ueberprüfung) nicht erscheint und seine Verspätung nicht genügend begründet, kann er wegen dieses Vergehens mit einer Geldstrafe von 50 bis 3000 Kronen bestraft werden. Wer zur Assentierung nicht erscheint, um sich der Assentpflicht zu entziehen, kann mit Gefängnis bis zu drei Monaten, falls sich derselbe später freiwillig stellt, mit einem Monat Gefängnis bestraft werden. Außer diesen Strafen können noch Geldstrafen bis 3000, respektive 1000 K. verhängt werden. Diese Strafen werden auch gegen diejenigen angewendet, welche zu den erwähnten Vergehens aberreden oder beistehen. Schwerer werden ferner jene bestraft, welche die tschechoslowakische Republik verlassen oder sich außerhalb der Grenzen derselben aufhalten, um sich der Assentpflicht zu entziehen (ein Jahr Gefängnis, bis 10.000 K. Geldstrafe). Handlungen, die zur Vereitelung der eigenen oder fremden Assentpflicht abzielen, werden mit 1 Jahr Gefängnis und bis 20.000 K. mutwillige Gesundheitsgefährdung, um sich oder jemanden anderen für den Militärdienst untauglich zu machen, mit drei Jahre Gefängnis und bis 30.000 K. bestraft. Dieselben Strafen werden auch angewendet, falls erwähnte Vergehen außerhalb der tschechoslowakischen Republik verübt werden.

Wünsche der Assentierten um Einreichung in bestimmte Truppengattungen werden nach Zulässigkeit berücksichtigt. Solche Wünsche sollen in das Assentprotokoll eingetragen werden, wenn sie nicht den Dienstinteressen widersprechen und keine unzulässigen Gründe beinhalten. So können z. B. eingetragen werden: Wünsche ordentlicher Hochschulhörer, den Militärdienst im Orte der Hochschule leisten zu können, ferner Wünsche der Geistlichen und Kandidaten des geistlichen Standes aller gesetzlich anerkannten Konfessionen zwecks Dienstleistung bei der Sanitätsstruppe usw. . . .

Ehen der Assentpflichtigen. Personen, welche ihrer Assentpflicht nicht Genüge geleistet haben, können nur ausnahmsweise heiraten und zwar mit Bewilligung der zuständigen politischen Behörde 2. Instanz. Assentierten, die ihren Präsenzdienst noch nicht angetreten haben, jener Personen im Präsenzdienste, dürfen nur mit Zustimmung der Militärbehörde heiraten. Die Bewilligung zur Eheschließung gewährt jedoch keine Begünstigungen in der Ausübung der Wehrpflicht. Die Nichtbefolgung dieser Anordnungen wird bestraft (50 bis 2000 K.).

Auslandsreisen der Assentpflichtigen sind durch die Wehrvorschriften ziemlich be-

schränkt. Die Reisepässe werden von der zuständigen politischen (Polizei) Behörde 1. Instanz aus gegeben, jedoch nur in besonders berücksichtigungswürdigen Fällen, im Einvernehmen mit der Militärbehörde und nur in jene Orte, aus welchen eine rechtzeitige Rückkehr zur Erfüllung der Assentpflicht oder zum Antritt des Militärdienstes möglich ist. Diejenigen, die ihrer Assentpflicht nicht Genüge geleistet haben, kann ein Reisepaß nicht ausgestellt werden.

Wehrpflicht und Bekleidung öffentlicher Funktionen. In den Staatsdienst oder einen anderen öffentlichen Dienst kann eine Person, die ihrer Wehrpflicht nicht nachgekommen ist, nicht aufgenommen werden; falls dieselbe solche Dienste bereits verübt, muß sie entlassen werden. Dasselbe gilt auch bei Funktionen, die durch Wahl erreicht wurden. Diese Bestimmungen finden jedoch keine Anwendung bei Personen, welche nicht assentpflichtig sind.

Wahlberechtigt. Nichteingereichte Assentierte müssen den Wechsel ihres Aufenthaltsortes, ferner den Abgang zum Präsenzdienste den zuständigen Gemeindeämtern melden.

Inland.

Zwei Verordnungen zum Gausgesetz. Geschäftsordnung. — Sprachgebrauch.

Vor kurzem sind in der Gesetzesammlung zwei Verordnungen erschienen, welche Durchführungsbestimmungen zu dem bereits im Jahre 1920 geschaffenen, aber bisher bloß in der Slowakei wirksam gewordenen Gausgesetz enthalten. Diese Verordnungen sind durch die im September vorigen Jahres vollzogenen Gauswahlen in der Slowakei notwendig geworden. Die eine enthält Anordnungen über den Sprachgebrauch in den Gau- und Bezirksvertretungen, während die zweite die Geschäftsordnung dieser Körperschaften regelt.

Die Geschäftsordnung bezieht sich zwar auf alle Gaus, da aber in den historischen Ländern solche noch nicht errichtet wurden, hat sie vorläufig nur in der Slowakei aktuelle Bedeutung. Sie enthält auch inhaltlich nichts Neues, da ihre wesentlichen Bestimmungen bereits im Gausgesetz enthalten sind. Immerhin macht sie uns aufs neue den undemokratischen Charakter der geplanten Gauordnung anschaulich, die den Gedanken der Selbstverwaltung durch das Stimmrecht von fünf Bureaufürsten — in den slowakischen Gauen überdies noch von zwölf ernannten Mitgliedern — in den Gauvertretungen verfaßt, die Beschlüsse und selbst den Geschäftsgang der „autonomen“ Körperschaften bürokratischer Bevormundung unterwirft und ihnen nur eine sehr eingeschränkte Kompetenz gewährt.

Die Sprachverordnung erstreckt ihre Wirksamkeit ausdrücklich nur auf jene Gaus, die mit Regierungsverordnung vom 20. Oktober 1922 tatsächlich errichtet wurden, das sind also die slowakischen Gaus. Sie ist formell eine Durchführungsverordnung zum Sprachgesetz, berücksichtigt daher nationale Minderheiten nur dort, wo sie mindestens 20 Prozent der Bevölkerung ausmachen. Sie nimmt also nicht das Sprachrecht im Parlamente zum Muster, sondern begrenzt die Rechte der Minderheiten noch enger. Wenn die nationale Minderheit nicht im ganzen Gausgebiet 20 Prozent ausmacht, so darf die Sprache der Minderheit nur gebraucht werden, wenn Angelegenheiten eines Bezirkes verhandelt werden, der eine Minderheit von mindestens 20 Prozent besitzt. Diese komplizierte Bestimmung charakterisiert am besten den engherzigen Geist der ganzen Verordnung, die ängstlich darauf bedacht ist, den Vorrang der tschecho-

Der Ruf der Wildnis.

Von Jack London.

17

In dieser Zeit verloren die drei Menschen alle Anmut und Liebendigkeit des Südländers. Von aller Romantik und allem Nimbus entblößt, wurde die artifice Reise jetzt die raue Wirklichkeit, die für sie zu hart war. Mercedes hörte auf, über die Hunde zu weinen, weil sie zu sehr damit beschäftigt war, über sich selbst zu weinen und mit ihrem Mann und Bruder zu streiten. Jack war das einzige, wozu sie nie zu müde waren. Ihre Reizbarkeit, entstanden aus ihrem Groll, wuchs mit diesem, brachte die Beteiligten zwischen zwei Feuer und immer mehr auseinander. Die wundervolle Ausdauer und Geduld, die Menschen erfüllt, die hart arbeiten und schwer leiden, und doch lieb und freundlich im Gespräch verweilen, kam nicht zu diesen beiden Männern und dieser Frau. Von solcher Geduld hatten sie keinen Begriff, sie waren erstarrt und bekümmert. Ihre Muskeln schmerzten, ihre Knochen schmerzten, ihre Herzen schmerzten. Sie wurden hitzig in der Unterhaltung, und ihre ersten Worte am Morgen und die letzten am Abend waren hart und unfreundlich.

Charles und Hal zankten, so oft Mercedes ihnen Veranlassung gab. Jeder näherte den Gedanken, daß er mehr arbeitete als ihm zuzum, und verjammte niemals, dies bei jeder Gelegenheit zum Ausdruck zu bringen. Mercedes nahm einmal für ihren Mann, ein andermal für ihren Bruder Partei. Der Erfolg war ein schöner und endloser Familienstreit. Ausgehend von der Frage, wer einige Stücke Holz für das Feuer holen sollte, — diese Frage betraf nur Charles und Hal — wurde sogleich die übrige Familie, Väter, Mütter, Onkel und Cousine, Leute, die

tausende von Meilen entfernt, und von denen schon einige tot waren, in den Vorstreit hineingezogen. Daß Hals Ansichten und die Art seines gesellschaftlichen Umgangs, worüber der Bruder seiner Mutter schrie, irgend etwas mit dem Herbeiholen von einigen Stücken Holz für das Feuer zu tun haben sollte, erscheint schachschin unverständlich. Dessen ungeachtet zielte der Streit ebenso nach dieser, wie auch nach der Richtung der politischen Ansichten von Charles. Und daß die Väterung der Schwester von Charles von erheblichem Einfluß auf das Ansagen eines Feuers am Hudson sein sollte, war nur für Mercedes verständlich, die sich selbst in weiterschweifender Rede über den Gegenstand erging und nebenbei noch ihre Ansicht über verschiedenes andere äußerte, das für die Familie ihres Mannes besonders unangenehm war. Inzwischen blieb das Feuer unangezündet, das Lager halb ausgeplagert, und die Hunde bekamen kein Futter. Mercedes hatte eine besondere Schwäche. Sie war schön und anmutig und war zeitweilig ritterlich behandelt worden. Aber die gegenwärtige Behandlung, die sie von ihrem Mann und Bruder erfuhr, war alles andere als ritterlich. Sie war gewohnt, hilflos zu sein. Die Männer beklagten sich. Aber für Mercedes schien es im Wesen des weiblichen Vorrechts zu liegen, ihnen trotz aller Klagen und Beschwerden das Leben noch unerträglicher zu machen. Sie dachte nicht länger über die Hunde nach, und, obgleich diese krank und matt waren, bestand sie darauf, auf dem Schlitten zu fahren. Sie war schön und zart, aber sie wog hundert- und zwanzig Pfund — eine tüchtige Beigabe zu der Ladung, die von den kranken und ausgehungerten Tieren gezogen werden mußte. Tagelang sah sie an dem Schlitten, bis die Hunde hinfieren und der Schlitten stehen blieb. Charles und Hal baten sie, abzuspringen und zu Fuß zu gehen, verhandelten mit ihr, siehten sie an, in-

dessen sie weinte und dem Himmel ihr Leid klagte.

Einmal zogen die Männer sie mit Gewalt vom Schlitten; nie taten sie es wieder. Sie ließ sich hängen wie ein Kind und setzte sich am Wege nieder und rührte sich nicht von der Stelle, als die Männer die Reise fortsetzten. Nachdem sie drei Meilen marschiert waren, entluden sie den Schlitten, kamen zurück und setzten sie mit aller Gewalt darauf.

Im Uebermaß ihres eigenen Glends waren sie unempfindlich für die Leiden der Hunde. Hals Theorie, die er bei andern versocht, war die, daß man hart werden müsse. Er war ausgebrochen, indem er dies seiner Schwester und seinem Schwager predigte. Da er hier keinen Erfolg hatte, hämmerte er es mit einem Brügel den Hunden ein. Bei den FIVE Fingers ging das Hundefutter aus, und eine zahnlöse alte Indianerin bot ihnen an, einige Pfund gefrorene Pferdehaut gegen den Revolver umzutauschen, der neben dem großen Jagdmesser an Hals Hüfte. Diese Haut war schon ein erbärmlicher Futtersack gewesen, als sie vor sechs Monaten von den verhungerten Pferden abgezogen wurde. In ihrem jetzigen gefrorenen Zustand glied sie mehr Stiefeln von galvanisiertem Eisen, und wenn die Hunde sie in ihren Magen hinuntergewürgt hatten, taute es dort zu dünnen Lederstreifen auf, die keinerlei Nährkraft hatten, unbedenklich waren und den Magen reizten.

Und durch all dies schaffte sich Bud an der Spitze des Gespannes durch. Er zog, wenn er konnte, und wenn er nicht mehr ziehen konnte, fiel er hin und blieb liegen, bis die Schläge von Peitsche oder Knüttel ihn wieder auf die Beine trieben. Alle Straffheit und aller Glanz waren aus seinem schönen Pelz verschwunden. Das Haar hing schlaff und schmutzig herab oder war an den Stellen, wo Hals Knüttel ihn gequetscht

hatte, mit verdorbnem Blut verklebt. Seine Muskeln waren zu snorrigen Riemen zusammengeschrumpft, das Fleischpolster war verschwunden, so daß man jede Rippe und jeden Knochen seines Körpers deutlich unter der losen Haut, die zu leeren Falten verrungelt war, sehen konnte. Es war herzzerbrechend, aber Bud's Herz war unzerbrechlich. Der Mann im roten Sweater hatte das erfahren.

Und wie bei Bud, so war es auch bei den andern Hunden. Sie waren nur noch wandelnde Skelette. Mit ihm zusammen waren es im ganzen noch sieben. In ihrem fruchtbaren Glend waren sie unempfindlich gegen den Fieb der Peitsche und das Quetschen des Knüttels geworden. Der Schmerz der Schläge war dumpf und entfernt, gerade so, wie es die Dinge waren, die ihre Augen sahen und ihre Ohren hörten. Sie waren nicht halb, nicht ein Viertel mehr am Leben. Sie waren einfach sieben Bündel Knochen, in denen der Lebensfunke nur noch schwach flackerte. Wenn halt gemacht wurde, fielen sie wie tot hin, und der Lebensfunke wurde blässer und verdunkelte sich und schien gänzlich auszugehen. Und wenn dann der Brügel wieder auf sie niedersiel, leuchtete der Funke schwach auf, und sie schafften sich auf die Füße und schaukelten vorwärts.

Dann kam ein Tag, an dem der gutmütige Willie hinfiel und nicht mehr aufstehen konnte. Hal hatte seinen Revolver verkauft, daher nahm er die Art und schlug Willie auf den Kopf; dann schnitt er das Gerippe aus den Strängen heraus und warf es auf die Seite. Das sah Bud und seine Gefährten, und sie wußten, daß dasselbe Schicksal ihnen nahe bevorstand. Am folgenden Tag verendete Koono, so daß nur noch fünf Hunde übrig waren. Joe war zu weit herunter, um noch bössartig zu sein; Bile, verkrüppelt und lahm, halb von Sinnen, dachte nicht mehr daran, zu simulieren. (Fortsetzung folgt.)

slowakischen Sprache — von tschechischer oder slowakischer Sprache ist natürlich nirgends die Rede — auch dort festzuhalten, wo die Minderheit in der Mehrheit ist, ja selbst wo sie 80 Prozent der Bevölkerung übersteigt und auch dann noch, wenn gar keine Angehörigen der Mehrheitsnation vertreten sind. Zwar dürfen in Bezirken mit mehr als 50 Prozent Angehörigen der Minderheitsnation Anträge und Berichte in die Minderheitssprache übersetzt werden, wenn der Zupan (Gauhauptmann) einen dahingehenden Beschluss der Bezirksvertretung genehmigt, ja, wenn die Minderheit mindestens 80 Prozent ausmacht, kann sogar von der Uebersetzung der Anträge und Berichte, die in der Minderheitssprache erstattet werden, Abstand genommen werden. Aber in allen diesen Fällen ist die tschechoslowakische Sprache nicht etwa gleichberechtigt, sondern bevorzugt, ja sie ist die offizielle Verhandlungssprache, und alles was den Minderheiten — die im Bezirk eine überwältigende Mehrheit sein können, gewährt wird, sind gnädig zugestandene Erleichterungen. Selbst wenn die Minderheitsnation im Bezirk 80 Prozent zählt, darf der Vorsitzende und dürfen die Beamten die Minderheitssprache nur nebenbei gebrauchen, nur soweit der Geschäftsgang es erfordert — in anderen Bezirken ist es überhaupt nicht gestattet. „Es geziemt sich“ jedoch die tschechoslowakische Sprache an erster Stelle zu gebrauchen. Zu verordnen was sich ziemt, ist ein origineller Einfall. Aber er kann die Tatsache nicht verschleiern, daß auch die vorliegende Sprachenverordnung zum Scrupzweck hat, den Nachgedanken des Nationalstaates auch in den autonomen Vertretungskörpern den widerstrebenden Minderheiten aufzuzwingen.

Aus dem Geiste wahrer Selbstverwaltung sind diese Bestimmungen nicht geboren. Sie gelten, wie ausgeführt, nur für die Slowakei. Aber wir verlangen schon jetzt mit aller Entschiedenheit, daß in den Ban- und Bezirksvertretungen der historischen Länder, vor allem in denen mit deutscher Mehrheit, die deutsche Sprache nicht bloß gebildet und mit engeren Beschränkungen zugelassen wird, sondern daß sie ihr volles und uneingeschränktes Recht erhält. Sonst werden diese Korperschaften zu einer neuen Quelle des nationalen Streites, während eine konsequent und aufrichtig durchgeführte Selbstverwaltung dem nationalen Frieden dienen könnte.

Zur Revision des Programms der tschechischen Sozialdemokratie.

Auf dem Ostern in Mährisch-Osttau stattfindenden Kongress der tschechischen Sozialdemokratie soll ein neues Parteiprogramm beschlossen werden. Die letzte Nummer der „Akademie“ bringt nun einen Artikel von A. M. Spera, der sich mit dieser Angelegenheit befaßt. Gleich einleitend schreibt Spera:

„Bei der Prüfung der Programmrevision kann es nicht darum gehen, irgendwelche Dogmen der Lehren des Sozialismus alter Schule aufzustellen, sondern darum, daß das Programm mit Rücksicht auf die tatsächlichen Verhältnisse der Gegenwart und nächsten Zukunft entspreche.“

Hoffentlich meint Spera unter den „Lehrern des Sozialismus alter Schule“ nicht Marx und Engels. Bemerkenswert ist auch, was Spera über die Namensänderung der Partei sagt.

„Der Sozialismus ist nicht nur eine reine Arbeiterfrage, sondern die Angelegenheit aller

kleinen Leute, ob sie mit der Hand oder mit dem Kopfe arbeiten. Aus diesem Grunde wäre zu erwägen, ob der Titel „Tschechoslowakische Sozialdemokratische Arbeiterpartei“ nicht einseitig wäre. Schon auf dem Wiener Kongress von 1901 wurden Anträge gestellt, der Titel der Partei möge lauten: „Sozialdemokratische Partei in Oesterreich“. Es wurde dies abgelehnt, aber man muß die Sache aufs neue erwägen in der Erkenntnis, daß die Sozialdemokratie nicht nur für die Arbeiterschaft eintritt, sondern für alle, welche in Folge der heutigen kapitalistischen Ordnung leiden und es können in den Reihen der Sozialdemokratie gleichwertige Parteigänger auch diejenigen sein, welche Arbeiter im engeren Sinne dieses Wortes nicht sind.“

Politisch bemerkenswert ist auch nachstehender Absatz in dem Artikel Speras:

„Eine andere Angelegenheit, die man sich im grundsätzlichen Teile des Programms anschauen muß, ist der Satz: „Die Ursache dieser unwürdigen Verhältnisse liegt nicht in den einzelnen politischen Einrichtungen, sondern darin, daß die Arbeitsmittel in den Händen einzelner Besitzer monopolisiert sind. Das scheint mir nicht genug logisch zu sein. Vor allem ist es nicht völlig richtig, daß politische Verhältnisse überhaupt keinen Einfluß auf die Verhältnisse des arbeitenden Volkes hätten. Es ist doch ein großer Unterschied in den politischen Verhältnissen einer Monarchie oder einer demokratischen Republik.“

Das Kostlichste ist aber, was Spera zur Revision des nationalen Programms zu sagen hat. Er erklärt nämlich, daß ein nationales Programm überhaupt nicht notwendig sei! Während also die polnische Sozialdemokratie die Bedeutung des nationalen Problems für ihr Land und für den proletarischen Klassenkampf erkennt und zur nationalen Frage programmatisch Stellung nimmt, scheint für viele Anhänger der tschechischen Sozialdemokraten die nationale Frage überhaupt nicht zu existieren. Der Minister Herbst sagte einst, daß bei Bodenbach die soziale Frage aufhöre. Spera glaubt nun, daß bei Bodenbach die nationale Frage aufhöre. Er schreibt nämlich:

„Das Nationalitätenprogramm, welches für das zusammengebrochene Oesterreich eigens verfaßt wurde und welches den nationalen Kampf befeitigen sollte, paßt nicht für unsere Verhältnisse, denn bei uns wird nie mand national unterdrückt. Geschichte in dieser Angelegenheit irgend eine Unkorrektheit, so ist dies ein Versehen der Beamtenhaft, aber solchen Einzelfällen von Ungerechtigkeiten kann man nirgends völlig steuern. . . Ich halte dafür, daß in nationalen Angelegenheiten vollständig die Erklärung genügt, daß allen Nationen die gleichen Rechte und den nationalen Minderheiten ein besonderer Schutz zugestanden wird, damit sie durch die Mehrheit nicht verzwängt werden.“

Es ist zu verwundern, wie wenig Spera aus der sozialistischen Literatur über die nationale Frage gelernt hat. Wenn eine Wissenschaft dieser Art, wie sie Spera in der wissenschaftlichen Zeitschrift seiner Partei verzapft, an der Wiege des neuen Programms der Partei stehen wird, dann wird die tschechische Sozialdemokratie in der Internationalität bald die letzte Stelle unter allen sozialdemokratischen Parteien der Welt einnehmen.

In der Mutterberatungsstelle.

Nachstehende Zeilen sind dem Aufsatz eines Trautenauer Genossen entnommen, der einleitend die nützliche Aufgabe unternahm, den Arbeitern die schauerhaften Zustände ins Gedächtnis zurückzurufen, die noch vor wenigen Jahrzehnten, in Ostböhmen wie anderwärts, auf dem Gebiete der Hygiene, der sozialen Fürsorge für Mutter und Kind herrschten, und mit denen verglichen die Verhältnisse von heute, einen Beweis für den Aufstieg der Arbeiterklasse bilden. Der Artikelsschreiber erinnert an die gar nicht so weit zurückliegende Zeit, in der die schwächere Mutter bis zur letzten Minute bei der Maschine stand, kein Arzt, kein Krankenkasse, keine Mutterberatungsstelle, kein Wöchnerinnen- oder Säuglings-, in sich der Schwangeren und des Säuglings annehmen, da es keine Stillprämiere gab, da noch ganz allgemein Bichorienbrühe die Muttermilch ersetzte und Mohnwasser als Schlafmittel kranken Kindern verabreicht wurde. Mit Klammern schenkte wurden die Kleinen zu Abloten und Alkoholikern erzogen, Unwissenheit, Aberglaube und die völlige Unbekümmertheit von Staat und Gesellschaft standen an der Wiege des Proletariatskindes.

Inzwischen hat sich manches geändert, besonders innerhalb der unteren Volksschichten. Sie sind durch eine mehr als 25jährige Schulung langsam aufgerichtet worden, haben Aberglauben und falsche Ueberlieferungen abgestreift, haben sich Institutionen geschaffen, in denen die modernsten Errungenschaften der ärztlichen Wissenschaft verwertet wurden, so vor allem in ihren Krankenkassen. Wer heute Gelegenheiten hat, ein solches Institut zu besuchen, wird erst wahrnehmen, was sich seit einem Menschenalter verändert hat. Früher zog in einem zügigen Turbin- oder Kesselhaufe ein — Handwerker die Röhre, heute hat die Arbeiterschaft in ihren Krankenkassen eigene Ambulatorien, nicht nur für das Säugziehen, sondern auch für Zahn-erzäh; wo hätte sich früher ein Arbeiter einen

künstlichen Zahn einsetzen lassen. Er wäre die Spottfigur seiner Mitarbeiter gewesen. Heute erkennt man die Notwendigkeit des vollkommenen Gebisses für die Gesundheit auch in diesen Kreisen.

Und so wie wir an diesem Beispiel zeigen, ist es auch mit der Mutterberatung, welche Einrichtung ebenfalls die Krankenkassen schufen. Bei der Bezirkskrankenkasse Trautenau hatten wir kürzlich Gelegenheit, diese außerordentlich nützliche Einrichtung kennen zu lernen.

Schon im Hofe des Amtsgebäudes sieht man einen reichlichen Stand von Kinderwagen, Sport- und Kinderstühlen, meist, wenn auch nicht luxuriöse, so doch nette, reinliche Wägen. Der letzte Wintertag erfordert gute Verpackung der Kleinen. Im ersten Stock ist der Wartezimmer alles besetzt; meist junge Mütter, die den Arzt erwarten. Durch das Verbands- und Operationszimmer gelangt man in den Raum für die kleinsten Massenpfleglinge. Zwei lange Tische bieten Platz für das Aus- und Einpacken der Kleinen. Die Temperatur ist so gehalten, daß die kleinen Menschlein, besonders wenn sie von der unbehaglichen Bethülse befreit sind, lustig auf den Tischen strampeln. Jede Schwangere erhält schon vor der Entbindung eine Vormerkkarte, in welche alle Daten für statistische Zwecke eingetragen sind. Sie braucht nicht mehr bis zur letzten Stunde, die Last unter dem Herzen, an der Maschine stehen, nein, sie kann auf Grund der Schwangerschaftsuntersuchung die letzten Wochen sich und das kommende Leben schonen, kann sich auf die schwere Stunde vorbereiten, dieser ruhiger entgegensehen.

Nur der junge Bürger da, so entscheidet der Arzt über seine Speisekarte, für gewöhnlich — wenn es der Gesundheitszustand der Mutter zuträfft — wird er ihm die Muttermilch vorschreiben, da bisher noch kein Präparat erfunden wurde, welche sie ersetzen würde. Um die Mutter in die Lage zu versetzen, dieser Vorschreibung nachzukommen, gewährt die Krankenkasse eine Stillprämie, die die Hälfte des Krankengeldes beträgt und im Durchschnitt gerechnet 5—6 K. täglich ausmacht. (Abgestuft ist sie von 70 h bis 12 K.)

Was hält die Koalition zusammen?

Korruption und Angst vor den Wahlen — die Bindemittel der Koalition.

Ein interessantes Eingeständnis macht der „Dinüber“, „Rasinec“, ein Blatt der liberalen Volkspartei, welches schreibt: „Ueber die nationale Parlamentskonzentration werden wieder einmal pessimistische Nachrichten verbreitet. Die Nationalsozialisten und die Sozialdemokraten beschuldigen sich gegenseitig eines solchen Spiritusgestankes, daß sie nebeneinander nicht sitzen könnten in der vergangenen Woche einen Exodus aus der Sitzung des Zehnausschusses. Seit dieser Zeit trat Ruhe ein und der Nationalsozialist Tučný mußte erkranken, um aus dem Rabinett ausgeschlossen werden zu können. Nach diesem Ballastabwurf scheint das Koalitionsschiff leichtere Fahrt zu haben und es geht jetzt zwischen den unzähligen Klippen, zwar schwer, aber dennoch vorwärts. Man darf nicht vergessen, daß nach Zerfall der Koalition eine Beamteneuerung kommen würde, welche das Parlament auflösen und Neuwahlen ausschreiben würde. Da würde so mancher nationale und auch internationale Sozialist tot in der Wahlschlacht liegen bleiben. Alle jene, welche ihren politischen Tod ahnen, sind die begeistertsten Anhänger des heutigen Regierungssystems und Feinde irgendwelcher Neuwahlen. Die (tschechischen) Sozialdemokraten wollen Neuwahlen in die Krankenkassen nicht zulassen, um nicht ihre Schwächen zu zeigen. Und so ist weder die Spiritus-, noch die Kohlenaffäre, noch irgendeine andere Affäre in der Luft, die Angst der Sozialisten vor Neuwahlen zu überwinden und so das festeste Bindemittel der Regierungsmehrheit zu vernichten.“

Die anmaßende Sprache des liberalen Blattes beweist von neuem, daß die tschechischen sozialistischen Parteien in der Koalition das letzte Rad am Wagen bilden.

Eine riesengroße Blamage des Reichenberger „Vorwärts“.

Der blinde Eifer des Reichenberger „Vorwärts“, alles, was irgendwie mit den Sozialdemokraten zusammenhängt, in Grund und Boden zu verdammen, mag es auch noch so sehr dem Interesse der Arbeiterschaft entsprechen, verleiht das kommunistische Blatt, wie wir zuletzt erst gestern nachgewiesen haben, zu den unglaublichesten Torheiten. Der Sieg der englischen Doharbeiter, zugleich ein gewaltiger Erfolg der Regierung der Arbeiterpartei — beides Tatsachen, über die sich jeder ehrliche Arbeiter von ganzem Herzen freuen wird, wurden vom Reichenberger „Vorwärts“ in das Gegenteil umgelogen, Sieg als Niederlage, die erfolgreiche Vertretung der Arbeiter als Verrat an ihnen dargestellt. Im zweispaltigen Titel charakterisiert der geltrige „Vorwärts“ das Ende des Doharbeiterstreiks als „Verrat an den Dohararbeitern“, sprach von einer „Preisgabe der Interessen der ungelerten Proletarier“ und trieb so nach der glücklichen Beilegung des Streiks in der gewissenlosen Weise Hehe gegen die Streikführer und die Arbeiterregierung. Im Innern des Blattes heißt es, daß die Arbeiterregierung den streikenden Dohararbeitern „direkt in den Rücken fiel“ und bezeichnet es als „die Hauptfrage Macdonalds, wie die Lebensmittelpflicht gesichert werden könnte, damit die Kapitalisten recht lange durchhalten und die

Arbeiter auf die Knie zwingen können“. Der Streik war noch nicht beendet, als der „Vorwärts“ erzählte, die Amsterdamer Gewerkschaftsführer seien „eifrig am Werk, um den Kapitalisten aus der Verlegenheit zu helfen“ und hätten „einen Teil der Arbeiterforderungen bereits preisgegeben“.

Allen diesen Lügen und Verleumdungen die der „Vorwärts“ während und nach dem Streik der englischen Doharbeiter gegen deren Führer und gegen die englische Arbeiterregierung in Umlauf brachte, wollen wir nicht etwa unsere Meinung über das Urteil anderer sozialdemokratischer Blätter, sondern einen Auszug aus der Meldung wiedergeben, mit welcher das Zentralorgan der kommunistischen Partei in der Tschechoslowakei, das „Rude Pravo“, das Streik-Ende charakterisierte:

Das „Rude Pravo“ meldete gestern auf der ersten Seite mit großen Lettern:

„Großer Erfolg der englischen Arbeiter.“ Erhöhung der Löhne für die Doharbeiter, und schrieb dann unter anderem:

„. . . in einer Woche war der Streik beendet. Die Arbeiterregierung griff ein und die Arbeitgeber wichen. Dessen Erfolg ist dies? Der Erfolg der Arbeiterkollaboration. Die Arbeiter der anderen Gewerkschaften waren solidarisich mit den Dohararbeitern . . .“

Wir erachten durch diese Stellungnahme des „Rude Pravo“ den Reichenberger „Vorwärts“, dessen perfides Verhalten hier an einem Schulbeispiel aufgezeigt wurde, derart moralisch geohrfeigt, daß es sich erübrigt, noch ein weiteres Wort hinzuzufügen.

Senat und Abgeordnetenhaus — 6. März.

Das Präsidium des Senates hielt gestern unter Vorsitz Donats eine Sitzung ab, in der beschlossen wurde, die nächste Plenarsitzung des Senates für den 6. März, 5 Uhr nachmittags, einzuberufen. Durch diese Sitzung wird die Frühjahrssession eröffnet.

Wie wir erfahren, wird die für Donnerstag, den 28. Febrer auf halb 2 Uhr nachmittags einberufene Präsidialsitzung des Abgeordnetenhauses beschließen, die Kammer für den 6. März, 1 Uhr nachmittags, ebenfalls zur Eröffnung der Frühjahrssession einzuberufen. Präsident Masaryk wird mit Handschreiben die Herbstsession am 27. Febrer schließen und gleichzeitig die Frühjahrssession einberufen.

Donat, „Rude Pravo“ sagt, daß der gegenwärtige Senatspräsident Donat im Jahre 1920 Präsident des Aufsichtsrates der Genossenschaft der landwirtschaftlichen Spiritusbrenner war und es bis zur Wahl Prokels blieb, weiter, daß er amtlich als Präsident der Genossenschaft titulierte wurde, daß er in dieser Funktion mit der Regierung und mit den kompetenten Ministerien verhandelt hat und daß die Belege hierfür in der Konze des Präsidenten beim Kanzler Dr. Samal sich befinden, daß man schon im Jahre 1920 auch an den höchsten Stellen vom Dispositionsfonde der Spiritusbrenner von der politischen Korruption der einzelnen Parteien, einzelnen Abgeordneten und Senatoren wußte, aber nichts gegen diese Korruption gemacht wurde. Es sei demnach das Senatspräsidium eine erbliche

Fortschreitende Erkenntnis, in Verbindung mit den finanziellen Leistungen der Bezirkskrankenkasse, haben schon manches junge Leben gerettet, das sonst den Weg seiner früheren Leidensgenossen gegangen wäre. Da die Wöchnerin neben der Stillprämie noch die Wöchnerinnenunterstützung bis zu 24 Kronen erhalten kann, wird jeder ermaßen, welsch ungeheurer Fortschritt auf diesem Gebiete der sozialen Fürsorge in den letzten Jahren vor sich gegangen ist.

Es ist natürlich noch lange nicht alles, sondern nur ein kleiner Teil dessen verwirklicht, was wir als klassenbewußte Arbeiter und als Klassenpartei anstreben. Noch sind tausende Familien, wo reichlicher Kindersegen Not und Entbehrung der Familie vermehrt, wo man mit jä-haurem Miene den neuen Gast sieht, wo die wirtschaftlichen Verhältnisse dringend abrateln, den Familienstand zu vergrößern. Man sieht, daß auch diese Erscheinungen eng verknüpft sind mit unserem Befreiungskampfe aus Not und Anechtschaft.

Nun noch einmal zurück in den hell-lustigen Raum, wo Arzt und Pflegerinnen ihres Amtes bei der Mutterberatung wachen. Sofern sich die kleinen Körper aus dem Bettentpferd herausgeholt haben, kommen sie auf die Waage, damit ihr Gewicht festgestellt werde. Nur wenige sind unruhig, den meisten scheint die Umgebung recht zu behagen, man kann es an ihren Neugier ablesen. Während die Wärterin das Gewicht feststellt und einträgt, erforscht das ärztliche Auge oder dessen kundige Hand den Sprößling auf seinen Gesundheitszustand. Hier fragt der Arzt, ob die Mutter noch stillt oder warum sie es nicht mehr tut. In beiden Fällen gibt er weitere Anweisungen. Statt Medikamenten werden in diesem Räume Kindermilch, Malzpräparate, Pflanzphosphorbeeren und noch manches andere verabreicht. Wo es sehr schlimm steht, auch Kleinkinderwägen, allerdings nur in besonders bedürftigkeitswürdigen Fällen. Für jede Mutter gibt es Ratsschlage, gute Worte des Verhaltens, Verabfolgung von Stärkungsmitteln, aber auch Worte des Tadel, wenn sie es unterläßt, die Ratsschlage der Beratungsstelle zu befolgen. Scharf wendet sich der Arzt gegen die Unsitte, den

Kindern die Ohren zu stechen; er hat recht, denn es gibt nichts Komischeres als so ein kleines Baby mit Ohrgehängen. Auch hier wird es noch vieler Worte bedürfen, um die Mutter von dieser überliefernten, afrikanischen Unsitte abzubringen.

Wie diese Beispiele beweisen, hat die Mutterberatungsstelle eine ungeheure Arbeit zu bewältigen, und zwar vorerst jene, die Unwissenheit zu beseitigen. Wir leben sehr junge Mütter, die formlich von der Schulbank über den Tanzsaal zur Mutterberatungsstelle kommen. Wo sollen es diese herhaben, welche Aufgaben ihnen zustehen, die oft kaum ihren Körper, oder gar den geheimnisvollen Werdegang des kommenden Kindes kennen. Sie sind es, die sich meist nach den überliefernten, oft auch falschen Ratsschlagen wohl älterer, aber ebenso unerfahrenere Geschlechtsgenossinnen richten, so daß das Neue einen schweren Standpunkt hat. Dieser Umstand kommt auch darin zum Ausdruck, daß heute erst ein Bruchteil Wöchnerinnen die Mutterberatung besuchen, aber die, welche sie besuchen, werden Pioniere für diese Einrichtung werden, man darf auch annehmen, daß sie ihre Kinder leichter empordringen als jene, die aus irgendwelcher unangebrachter Scheu bis heute dieser idealen Einrichtung noch fern bleiben.

Zum Schluß sei noch bemerkt, daß die Schaffung dieser Beratungsstelle mit ein Teil jenes großen umfassenden Werkes ist, das sich die klassenbewußte Arbeiterschaft geschaffen hat. Jene Vertrauensmänner, die die Arbeiterschaft zur Leitung dieses Institutes berief, setzen sich nur von dem einen Gedanken leiten, die Anstalt so auszubauen, daß wenigstens ein Teil der Leiden der unteren Volksschichten gelindert oder gemildert wird. Sie wissen auch, daß in dieser Klassenordnung Not, Elend und Unwissenheit nicht verschwinden werden, sie arbeiten aber entsprechend ihrem Programm, daß die geistige und körperliche Lage der arbeitenden Menschen zuerst gehoben werden muß, wenn wir einen Schritt unserem Ziele näher kommen wollen. Wenn hierbei getrachtet wird, zuerst das Los der jüngsten Erdenbürger zu verbessern, so ist das ein großes Stück Zukunftsarbeit.

Domäne der tschechischen, deutschen und ungarischen Spiritusbrenner, ebenso wie das Finanzministerium ein Bestehen der Zivnobanka sei.

Koalitionsanfrage. Der Exekutivauschuss der koalitierten Parteien hielt eine Sitzung ab, in der das Material, das in der Frühjahrssession zur Verhandlung in Abgeordnetenhause gelangen soll, beraten wurde.

Der Aufstieg des Landproletariats.

Die Zeiten der Rechtslosigkeit für die Land- und Forstarbeiter sind vorbei. Sie sind nicht mehr so wie ehemals der Willkür des Grundbesitzers ausgeliefert. Alle Fragen, die ihre Interessen betreffen, werden in Verhandlungen besprochen und bereinigt.

Bei diesen Dingen haben die Arbeiter manchen schönen Erfolg erzielen können. Infolge der ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse gelang es den Agrariern, die Arbeiter um einen Teil ihres Erfolges zu bringen. Die Agrarier glauben jedoch die Zeit für gekommen, die Tarifverträge überhaupt abzuschaffen und haben ja auch diesen Versuch gemacht.

Das der Aufstieg des Landproletariats ein tatsächlicher ist, geht schon daraus hervor, daß für die in der Landwirtschaft beschäftigten Deputierten ein sechsmonatiger Urlaub festgesetzt ist. Für die Regelung von Streitfällen sind poritätische Schiedskommissionen vorgesehen.

Abgesehen von ihren ursprünglichen Zwecken müssen die Gewerkschaften nunmehr lernen, bewußter Weise als Brennpunkte der Organisation der Arbeiterklasse zu handeln, im großen Interesse ihrer vollständigen Emanzipation.

Ist auch das Landproletariat heute bedeutend widerstandsfähiger als in früheren Zeiten, so muß seiner Entwicklung auch fernere Aufmerksamkeit zugewendet werden.

Beratung der Sozialversicherung.

Die Höhe des Versicherungsbeitrages. — Die Anlage des Vermögens.

Das Subkomitee des sozialpolitischen Ausschusses beriet in den letzten Tagen unter anderem den Paragraph 159 der Regierungsvorlage, der die Höhe des Versicherungsbeitrages regelmäßig mit fünf Prozent des durchschnittlichen täglichen Arbeitsverdienstes festsetzt und der nur in Ausnahmefällen der Zentralsozialversicherungsanstalt das Recht einräumt, der Krankenversicherungsanstalt vorübergehend die Einhebung eines höheren Beitrages einzuräumen.

Sodann wird der Paragraph 182 in Beratung gezogen, der von der Anlage des Vermögens der Zentralsozialversicherungsanstalt handelt. Gen. Taub begründet den Antrag, daß die Bestimmung im Absatz 2, mit welcher die Minimalhöhe von 20 Prozent des freien Vermögens zum Ankauf der Staatspapiere verwendet wird, beseitigt werde.

So haben wir nicht gewettet!

Die Klerikalen auf dem Bauernsang.

In Währen ist kürzlich von der christlich-sozialen Partei ein Flugblatt, das sich an die Kleinbauern, Tagelöhner und Arbeiter wendet, verteilt worden. Es richtet sich gegen die Sozialdemokraten und behauptet, daß diese nicht dafür seien, den Großgrundbesitz an Händler und Arbeiter aufzuteilen.

Was die Anschuldigungen gegen die Sozialdemokraten anbelangt, so sind das lauter Albernheiten. Jeder Leser weiß, daß die einzigen Freunde der Bodenreform die Sozialdemokraten sind, während alle bürgerlichen Parteien die Christlichsozialen eingeschlossen, die Bodenreform insgeheim als Raub und Diebstahl, als „Bolschewismus“ bezeichnen.

Und was tut der Klerus? Was haben die Herren Geistlichen nicht alles an Lügen geleistet, um den laugjährigen Pächtern von Pfarrgründen das gesetzliche Recht auf deren künftige Erwerbung zu stehlen! Obwohl das Gesetz vom 27. Mai 1919 ganz deutlich dieses Recht festsetzt und im Erlaß des Justizministeriums vom 24. Jänner 1920 erklärte, daß im § 1 des genannten Gesetzes gedacht war, landwirtschaftliche Grundstücke jeder Konfessions- oder Religionsgesellschaft überhaupt jeder Art zu ergreifen.

Christus lehrte doch, daß man vom Ueberflusse den Armen und Bedürftigen geben solle. Tun die Herren Bischöfe und Pfarrer in der Provis selbst, was sie täglich an-

haltung der Deutschen zum Staate zu erklären ist. Gen. Taub erwidert, daß diese Art der Polemik immer dann angewendet wird, wenn einem ein Argument fehlt. Die Erfahrungen, die auf volkswirtschaftlichem Gebiete insbesondere in der letzten Zeit gemacht wurden, mahnen zur äußersten Vorsicht. Auch in Frankreich hat man sich hinsichtlich der Stabilität der Währung in Sicherheit gewiegt und doch ist die Katastrophe eingetreten.

Stände einfangen möchten.

Stände einfangen möchten. Dem das heißt in Wirklichkeit die Sicherung des jüdischen und christlichen Mammons, heißt die weitere Ausbeutung und Unterdrückung des Volkes zugunsten der jüdischen und christlichen Kapitalisten. Man mißbraucht schändlich die Religion, damit einige Zehntausende Nichtstuer, gleichviel welcher Rasse und Konfession, wohl leben auf Erden, während Millionen fleißige Menschen bei aller Müß- und Plage weiter darben sollen.

So haben wir nicht gewettet!

deren empfohlen? Die katholische Kirche gehört zu den größten Grundbesitzern, hat Feld und Wald in Ueberfülle. In Böhmen beträgt der Grundbesitz der Kirche 150.395 Hektar = 3 Prozent der ganzen Fläche, davon kommen auf die Pfaffen und Pfanden 56.173 Hektar und es betrug der Durchschnitt dieser Güter 10,8 Hektar! Außerdem besitzt die römisch-katholische Kirche in Böhmen zahlreich Fabriken, Spiritus- und Bierbrennereien.

Stände einfangen möchten. Dem das heißt in Wirklichkeit die Sicherung des jüdischen und christlichen Mammons, heißt die weitere Ausbeutung und Unterdrückung des Volkes zugunsten der jüdischen und christlichen Kapitalisten.

Assentierungen in Böhmen.

- Prag, 2. Feber. Wie bereits gestern gemeldet, finden die Assentierungen in Böhmen vom 17. März bis 31. Mai statt, und zwar in den Ergänzungsbezirken: B u m e i s: Prachatitz 3., 4. und 5. April, Wallera 7. April, Winterberg 9., 10., 11. und 12. April, Retolitz 14. und 15. April, Frauenberg 23., 23. April, Elschau 25., 26. April, Schweinitz 28. bis 30. April, Dubschitz 2. bis 10. Mai, Ralswiek 15. bis 17. Mai, Krummhu 19. bis 22. Mai, Krákov 23., 24. Mai, Kapitz 26., 27., 28. Mai, Hohenfurt 30., 31. Mai, Mauthausen 31. März, 1. und 2. April.

Telegramme.

Was sich die deutsche Schandwehr erlaubt!

Berlin, 22. Feber. (Eigenbericht.) In Berlin ist heute ein Streik der Mühlenarbeiter ausgebrochen, an dem sämtliche Mühlen Groß-Berlins beteiligt sind. Auf Veranlassung des Wehrkreiskommandos haben Kriminalbeamte in einer Konferenz der Funktionäre der am Streik beteiligten Gewerkschaften die Namen der Funktionäre festgestellt.

Das Ende des Doderstreiks.

London, 22. Feber. Die Dodarbeiterkonferenz, die zusammengekommen war, um die vorgeschlagene Regelung im Dodarbeiterstreik zu ratifizieren, hat sich auf heute vertagt, ohne eine Entscheidung zu erreichen.

Sozialpolitische Reaktion und Gewerkschaften.

Von Clemens Körpel, Sekretär der Betriebszentrale des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (Berlin).

Eine reaktionäre Welle geht durch die Welt. Überall raunt es im Unternehmerlager vom Abbau der sozialen Rechte der Arbeitnehmer. Es wird so hingestellt, als wäre die Wirtschaft nur wieder in Gang zu bringen, wenn die Arbeitnehmer auf ihre sozialen Rechte verzichten. Dabei wird dann ein Land gegen das andere ausgespielt. Die Unternehmerpresse stellt es dar, als wenn in anderen Ländern die Arbeitnehmer so „vernünftig“ gewesen seien, und auf soziale Rechte freiwillig verzichtet hätten, weil sie eingesehen haben, daß sie ohne Sozialpolitik weiter kommen. Denn wenn man die Unternehmer hört und ihre Presse liest, dann geschieht der Abbau der Arbeitnehmerrechte nie um die Arbeitnehmer zu schädigen, sondern im Gegenteil stets im Interesse der Arbeitnehmer.

Diese Unternehmergründe sind in allen Fällen unzutreffend. In keinem Lande der Welt nützen diese Maßnahmen den Arbeitnehmern. Niemand verzichtet die Arbeitnehmer freiwillig auf ihre Rechte, sondern überall werden sie ihnen gewaltsam genommen. Der Weltkrieg hat die Weltwirtschaft in Unordnung gebracht, die Versailleser Friedensvertragsbestimmungen und die hieran anschließenden Maßnahmen verhindern, daß diese Zerrüttung der Weltwirtschaft in vernünftiger Weise behoben werden kann. Überall ist der Bedarf an lebensnotwendigen Produkten riesig, alle Hände könnten auf Jahre hinaus beschäftigt werden, aber „Sieger“ und „Besiegte“ können sich nicht einigen und infolgedessen sind die Arbeitnehmer aller Länder der Welt ausnahmslos „Besiegte“, denen man allenthalben die Lasten des Weltkrieges aufbürden will. Entweder durch Arbeitslosigkeit oder durch niedere Löhne oder durch hohe Steuern oder durch alle diese Lasten zusammen.

Das Unternehmertum spricht von der Zusage der Wirtschaft und meint die mühsame Garantie des Profits. Der Weltkrieg hat eine gewaltige Umstellung der Wirtschaft auf die Bedürfnisse des Heeres gebracht, unzählige neue Unternehmungen sind überall entstanden und wollen weiter „im Geschäft“ bleiben. Deshalb bemüht man sich nicht durch schärfste Rationalisation, beste technische Ausbildung und zweckmäßigste Organisation des Unternehmens die Produktion zu verbilligen und im Konkurrenzkampf sich durchzusetzen und den Umsatz zu heben, sondern aus Angst, daß dann für viele rückständige oder überflüssige Unternehmer der Profit gefährdet wäre, wälzt man alle Lasten auf die Arbeitnehmer ab. Dadurch wird aber der Umsatz immer mehr eingeschränkt, denn die Kaufkraft der Massen der Arbeiter, Angestellten und Beamten wird immer geringer und die Wirtschaft gerät immer mehr in Unordnung. Statt nun endlich am richtigen Ende anzupacken, beginnt erneut der Abbau der Sozialpolitik, nur um den Profit zu erhalten. Die Schraube ohne Ende beginnt damit von vorn. In allen kapitalistischen Staaten der Welt ist dies im Prinzip derselbe Vorgang, nur in der Auswirkung zeigen sich Unterschiede, welche sich aus der Stellung des betreffenden Staates in der Welt ergeben.

Die Arbeitnehmer aller Länder der Welt stehen diesen Dingen mehr oder weniger machtlos gegenüber. Sie sind nicht im Besitz der Staatsgewalt, es fehlen ihnen die Produktionsmittel und die Finanzen. Alles beherrschen die Unternehmer und sie sind daher den Arbeitnehmern gegenüber an sich schon immer im Vorteil. Was aber den Unternehmern darüber hinaus die große Macht verleiht, das ist ihr Zusammenhalt als Klasse. Außerdem haben die Unternehmer eine sehr gute Kenntnis der wirtschaftlichen Zusammenhänge bzw. sie sind in der Lage, sich diese Kenntnisse dadurch zu sichern oder gar zu monopolisieren, indem sie die auf Universitäten und Hochschulen herangebildeten Kräfte in ihre Dienste stellen.

Was haben dem die Arbeitnehmer entgegen zu stellen? Man braucht den Mut nicht sinken zu lassen, der Einfluß der Arbeitnehmer ist trotzdem sehr groß, wenn auch nicht unbeschränkt. Nur daß viele Arbeitnehmer diese Macht nicht erkennen oder dieselbe verkennen. Ein großer Teil der Arbeitnehmer ist gleichgültig oder in Harmonievereinigungen. Ein weiterer Teil der Arbeitnehmer führt nur den Kampf um „Endziele“ oder um die „Weltrevolution“. Fast allen Arbeitnehmern fehlt aber heute noch die Erkenntnis und die Kenntnis der Zusammenhänge. Das letztere ist kein Vorwurf, sondern bedingt durch die mangelhafte Schulbildung, aber hieraus ergeben sich eben Hemmnisse, welche sich erst nach und nach überwinden lassen. Hieraus entstehen Mißstimmungen, welche sich in allen Ländern der Welt gleichmäßig äußern. Wenn ein Gesetz schlecht ausfällt, dann ist die sozialdemokratische Partei schuld und wenn die Arbeitsverhältnisse ungenügend sind, dann haben die Gewerkschaften verfaßt.

Je aber beide, Partei und Gewerkschaften, abhängig sind von den Verhältnissen, das wird überall nur zu leicht vergessen und wer das

meiste verspricht, hat eben recht, auch wenn keines der Versprechen eingelöst wird, denn dann sind eben die Andern schuld.

Man kann überall beobachten, daß in Krisenzeiten die Reihen der Gewerkschaften sich lichten. Das ist in England, in Deutschland und auch in der Tschechoslowakei der Fall. Niemand zwingt die Arbeitnehmer zu diesem Schritt. Viele denken nicht darüber nach, daß dadurch die Macht der Arbeitnehmer geschwächt wird. Aber dieselben Leute, welche in der Zeit, wo alle auf dem Posten sein müßten, der Bewegung den Rücken kehren, sind auch die, welche dann von Partei und Gewerkschaften erwarten, daß sie nun erst recht aller Schwierigkeiten Herr werden. So geht es eben nicht. Man ist nur dann ein Klassenkämpfer, wenn man zu jeder Zeit seine Pflicht in der Arbeiterbewegung erfüllt.

Nach 1918 kam überall eine Hochflut sozialer Errungenschaften. Jeder Einsichtige mußte mit einem Stillstand oder mit einem Rückschlag rechnen. Gesetze sind das Ergebnis der Entwicklung, niemals die Voraussetzung.

Die Arbeitnehmer müssen ihre Rechte erkämpfen und immer wieder von neuem erkämpfen, wenn sie Gesetz werden und von Dauer sein sollen. Was uns die Zeit seit 1918 gebracht hat, war die Verwirklichung der Ideen der wenigen Vorkämpfer der Arbeiterbewegung in der Vorkriegszeit. Gemeingut der Massen sind diese Errungenschaften vielfach bis heute nicht geworden und so geht manches verloren, dessen Wert man nicht erkannt hat und das man erst schätzen lernt, wenn man es nicht mehr besitzt.

Wenn heute ein „alter Kämpfer“ das erkundene Koalitionsrecht oder die Versammlungs-freiheit als großen Fortschritt preist, wird er vielfach ausgelacht, weil man sich nicht vorstellen kann, daß diese „Selbstverständlichkeiten“ vor wenigen Jahren noch hartumstrittene Kampfobjekte waren, welche die Arbeiterbewegung ganz ungeheuer gehemmt haben.

Wer kennt den Kampf um den Achtstundentag, welcher Jahrzehnte mit großen Opfern geführt wurde? Wenn heute, wie in Deutschland, durch die neue Verordnung über die Arbeitszeit, die gesetzliche Regelung derselben verschleiert wird, verlieren diese den Mut, statt zu erkennen, daß sich unsere Ziele in nichts geändert haben und eben weiter gekämpft werden muß.

Tarifvertrag, Schlichtungswesen, Mitbestimmungsrecht, Sozialversicherung und vieles andere mehr, gab es vor dem Kriege gekämpft nicht und die größte Zahl derer, denen heute diese Vorteile zugute kommen, hat nie darum gekämpft und kennt vielfach die Bedeutung dieser Materien gar nicht.

Diese Feststellungen sollen keineswegs eine Verabsetzung sein, aber sie sollen die Erkenntnis für die Dinge wie sie wirklich sind fördern helfen. Der unüberbrückbare Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit besteht. Es ist ein Kampf um den endlichen Sieg mit vielen Stappen, Erfolgen aber auch Niederlagen. Es kann leicht sein, daß die aufgezählten Errungenschaften alle wieder einmal gefährdet sind und daß die ein- oder andere gar verloren geht. Dann heißt es, nicht zu verzweifeln, nicht Partei oder Gewerkschaften anzulügen, sondern die Reihen zum Kampf zu schließen.

Wir müssen uns bemühen, in die Zusammenhänge aller Dinge einzudringen, müssen lernen die Kräfte richtig abzumessen, müssen unsere sozialpolitischen Forderungen und Ziele vor allem geistig beherrschen. Soweit Einzelne das nicht können oder wollen, müssen sie als Soldaten in die Reihe treten und sich den Anderen vortun, „wissen ist Macht!“

Vor allem haben wir die Gewerkschaften die Treue zu halten. Wir haben zu erkennen, daß nur die sozialdemokratische Arbeiterpartei die parlamentarische Vertretung der Arbeiter, Angestellten und Beamten ist. Kein Mißerfolg darf uns hierin irre machen. So mancher Mißerfolg war schon die Vorstufe zum endgültigen Sieg, wenn die Arbeitnehmer daraus ihre richtigen Schlüsse gezogen haben. Jeder Arbeitnehmer muß seiner Organisation angehören. Dann wird es bald in keinem Lande mehr Rückschläge geben. Langsam aber sicher muß es dann vorwärts gehen, denn „Einigkeit macht stark!“

Arbeiterrecht.

Wahlenthaltung bei Betriebsaus-schüß-wahlen.

Die Schiedskommission in Asch hat, wie der „Textilarbeiter“ berichtet, einen Betriebsaus-schüß für nicht existent erklärt, der der Gruppe der Minderheit kein Mandat zugewiesen hatte. Zum näheren Verständnis sei bemerkt, daß der Wahl-ausschüß der betreffenden Firma die Angestellten, welche infolge ihrer geringeren Zahl keinen selbst-ändigen Ausschüß wählen konnten, verschiedene-mal aber stets vergeblich aufgefordert hatte, einen Kandidaten namhaft zu machen. Die Angestellten versäumten nicht nur die Nominierung des Kan-didaten, sondern beteiligten sich auch nicht an der Wahl. Die obige Entscheidung der Schiedskommission ist irrig, allerdings nicht, wie der „Textilar-beiter“ in einer Bemerkung hierzu vermerkt, weil

das Gesetz keine Wahlpflicht kennt, sondern weil das Gesetz tatsächlich eine aktive Betätigung der Angestelltenminderheit verlangt, wenn sie ihr Minderheitsmandat erhalten will.

Nach § 7 des Betriebsaus-schüßgesetzes werden nämlich zweierlei Wahlen unterschieden. Im Abs. 1 des ziti. Paragraphen sind die getrennten Wahlen geregelt: die Minderheit, sei es Ange-stellte oder Arbeiter, muß 20 Wahlberechtigte zäh-len und darunter noch drei Wählbare aufweisen. Unter diesen Bedingungen und selbstverständlich nur unter diesen Bedingungen ist eine getrennte Wahl möglich. In allen Fällen kann die Wahl nur gemeinsam erfolgen.

Die gemeinsame Wahl ist im Abs. 2 des ziti. Paragraphen geregelt. Allgemein lesen nun die Schiedskommissionen den Schlusssatz „muss wenig-stens ein Mitglied des Betriebsaus-schüßes aus der Gruppe der Minderheit gewählt werden“ dahin aus, daß die Minderheit unter allen Umständen ein Mandat bekommen muß und daher auch, wie es die Schiedskommission Asch vermeint, dann, wenn sie sich um die Wahl gar nicht kümmert. Die-bei wird aber vergessen, daß das Gesetz zwei Be-dingungen aufstellt, unter denen die Minderheit ihr Mandat bekommen muß. Die eine Bedingung ist die, daß die Minderheit die im Absatz 1 des zitierten Paragraphen geforderte Qualifikation nicht erreicht. Die zweite Bedingung drückt das Gesetz mit den Worten aus: „und den Betriebsaus-schüß gemeinsam wählen“ (nämlich die Arbeiter und die Angestellten.) Wenn sich also die eine Gruppe der Wahl enthält, dann findet eben keine gemeinsame Wahl und dann ist auch die zwingende Voraus-setzung für das Minderheitsmandat gefallen.

Eine Minderheit, die nicht wählt, oder infolge ihrer besonderen Zusammensetzung nicht wählen kann, ist also ausdrücklich von dem Mandate aus-geschlossen. Die Mehrheit wählt allein, besetzt alle Mandate und braucht sich um den Einspruch der Minderheit weiter nicht zu kümmern. — n.

Internationale Gewerkschaftsbewegung.

Die russische Gewerkschaftsbewegung.

Es werden nunmehr Berichte der russischen Gewerkschaftsorgane über die Mitgliederzahlen am 1. Oktober 1923 veröffentlicht. Die Zahlen ergeben folgendes Bild:

A. Industrie.		An- oder Abnahme in Proz.	
	1. 10. 22	1. 10. 23	
1. Papierindustrie	20.000	27.000	+ 35,0
2. Bergbau	228.000	305.000	+ 33,8
3. Holzindustrie	82.000	122.000	+ 48,8
4. Lederindustrie	77.000	89.000	+ 15,6
5. Metallindustrie	422.000	522.000	+ 28,7
6. Buchdruckgew.	61.000	77.000	+ 28,2
7. Lebensmittelindustrie	183.000	290.000	+ 47,0
8. Zuckerindustrie	31.000	48.000	+ 54,8
9. Baugewerbe	102.000	145.000	+ 40,2
10. Textilindustrie	400.000	476.000	+ 19,0
11. Chem. Industrie	124.000	157.000	+ 26,6
12. Bekleidungsindustrie	49.000	53.000	+ 8,2
	1.779.000	2.200.000	+ 34,5
B. Verkehr.			
1. Eisenbahn	714.000	741.000	+ 3,8
2. Wassertransport	122.000	123.000	+ 0,8
3. Lokalverkehr	102.000	138.000	+ 35,3
4. Post u. Telegraph.	106.000	102.000	- 3,8
	1.044.000	1.104.000	
C. Staatsbeamte und andere Angestellte.			
1. Kunst (Theater u. dgl.)	58.000	66.000	+ 13,8
2. Medizin	297.000	333.000	+ 12,1
3. Volksbildung	386.000	497.000	+ 21,0
4. Büroangestellte	473.000	642.000	+ 35,7
	1.214.000	1.508.000	+ 24,2
D. Andere Gebiete.			
1. Forst- u. landw. Arb. und Angestellte	283.000	296.000	+ 4,6
2. Kommunalwirtschaft	125.000	173.000	+ 38,4
3. Restaurants u. a.	38.000	70.000	+ 84,2
4. Sonstige Betriebe	63.000	—	—
	549.000	545.000	- 0,7
Zusammen	4.516.000	5.541.000	+ 21,9

Diese lehrreiche Tabelle läßt auf verschiedene interessante Entwicklungstendenzen schließen. Sie ist erstens insofern von Interesse, als darin die bedeutende Stärkung der eigentlichen Arbeitergewerkschaften zum Ausdruck kommt. Die unter A verzeichneten Gewerkschaften sind von 1,8 auf 2,4 Millionen, also um ein Drittel gestiegen. Der Grund dafür liegt in der allgemeinen Steigerung der Zahl der industriellen Arbeiter in Rußland, die mit einer gewissen Belebung der Industrie im Jahre 1923 im Zusammenhang steht. Da die russischen Gewerkschaften auch heute noch, trotz verschiedener Defekte, eine freie Mitgliedschaft nicht kennen, weil jeder Arbeiter sich gewerkschaftlich organisieren muß, so vergrößern sich die Gewerkschaften automatisch in dem Maße, wie die Zahl in der Industrie beschäftigten Arbeiter zu-nimmt.

Diese zwangsweise Mitgliedschaft und auto-matische Vergrößerung bzw. Vergrößerung der Gewerkschaften bringt aber einen großen Nachteil mit sich. Da die Gewerkschaften keine

freigeübten Organisationen sind und den kommunistischen Parteiorganisationen und Regie-rungsbehörden unterstehen, so ist ihre gewerkschaftliche Tätigkeit in ganz andere Bahnen gelenkt, als in den westlichen Ländern. Es kommt bekanntlich sehr oft vor, daß die russischen Gewerkschaften in einen schroffen Gegensatz zu den Interessen und Wünschen ihrer Mitglieder geraten. Die Mitgliedschaft hat unter diesen Verhältnissen keinen großen Einfluß auf die Tätigkeit und die Politik der Gewerkschaftsorganisationen, die einzig und allein von den Direktiven der kommunisti-schen Partei abhängen.

Es ist ferner von Interesse, zu vergleichen, welche Rolle die eigentlichen Arbeiter-organisationen in der gesamten Gewerkschaftsbewegung spielen. Bei einer Gesamtzahl von 5 1/2 Millionen Gewerkschaftsmitglieder, haben die industriellen Arbeiterorganisationen (Gruppe A) nur 2,4 Millionen Mitglieder; sie sind also bedeutend in der Minderheit. Die Angestellten haben, wenn man zu ihnen auch einen Teil der Gewerkschaftsmitglieder des Verkehrs-gewerbes hinzurechnet, eine ebenso große Bedeu-tung, wie die Organisationen der Industrie. Dieses Mißverhältnis ist nur in Rußland vor-handen und nur dort möglich. Unter den heuti-gen Verhältnissen steht nämlich in den Städten einer verhältnismäßig geringen Arbeitermasse eine ungeheuer angeschwollene Masse von Angestellten gegenüber, die für den alles umfassenden und alleinherrschenden bürokratischen Apparat not-wendig ist. Vergleicht man z. B. die angeführten statistischen Zahlen mit denen von Deutschland oder England, so kommt man zu dem Ergebnis, daß die Gesamtzahl der gewerkschaftlich organi-sierten Personen in Rußland eine sehr stattliche ist. Vergleicht man dagegen nur die Arbeiterorgani-sationen miteinander — und die Gewerkschaftsbewegung ist doch in erster Linie eine Arbeiter-bewegung —, so stehen die russischen Gewerkschaften sehr weit hinter den deutschen und englischen zurück.

Eine kritische Beurteilung der statistischen Methoden, mit welchen die oben angegebenen Zah-len ermittelt worden sind, ist leider nicht mögl. Es läßt sich auch nicht feststellen, ob nicht Fehler oder Fälschungen vorliegen; haben doch die Organe der „Roten Gewerkschaftsinternationale“ (Bojowski u. a.) die Gesamtzahl der gewerkschaftlich organisierten vor zwei Jahren mit 6.857.000 angegeben. Die amtliche Statistik verzeichnete zu gleicher Zeit in ganz Rußland nur insgesamt 6.402.000 Angestellte, Arbeiter, Händler und Handwerker zusammen. Die Zahl der Organisierten war damals also höher angegeben, als über-haupt für gewerkschaftliche Organisationen in Betracht kamen. Ob dieselbe Methode nicht auch jetzt angewendet worden ist, läßt sich vorläufig nicht feststellen.

Arbeitskämpfe in Norwegen. In Norwegen stehen die Hafenarbeiter seit fünf Wochen im Streik. In diesem Zusammenhang haben die Unternehmer die Aussperrung der Arbeiter in einer Reihe von Betrieben vorgenommen, bzw. angekündigt Am Donnerstag den 14. Februar sind circa 5000 Metallarbeiter am Werk worden, am 21. Februar soll die Aussperrung auf folgende Betriebe ausgedehnt werden: Baugewerbe, Schuh-fabriken, Textilfabriken, Tabakfabriken, Holzver-arbeitungsfabriken, Möbelarbeiter, Schneider, Sprengstoffabriken. Am selben Tage werden die Arbeiter der Papierindustrie in Sympathiestreik treten. Auf den 28. Februar ist die Aussperrung weiterer 14.500 Arbeiter angekündigt. Bei den stattgefundenen Verhandlungen mit den Unter-nehmern forderten diese in Anbetracht der vielen „wilden“ Streiks, daß sowohl von den Arbeit-gebern als den Gewerkschaften eine bestimmte Geldsumme als Garantie für die Einhaltung der Tarifverträge deponiert werde, die bei tarif-widrigen Streiks als Strafgebühren eingezogen werden könnte. Diese Garantiesumme sollte 50 bis 100 Kronen per organisierten Arbeiter betragen. Der Vorschlag wurde von den Arbeitern abge-lehnt, worauf die Aussperrung erfolgte. Es sind in der letzten Zeit eine Anzahl sogenannter „wil-der“ Streiks zu verzeichnen. Der größte ist der Streik der Metallarbeiter Kristiania. Dieser ist vom Arbeitsgericht als tarifwidrig bezeichnet worden. Trotzdem wird der Streik, der jetzt schon 15 Wochen anhält, von den Arbeitern fortgesetzt. Es ist deshalb gegen die Streikleitung Anklage erhoben worden, und dieser Tage hatte diese sich vor dem Arbeitsgericht zu verantworten. Das Urteil lautete auf Geldbußen von 30 bis 120 Kronen. Selbstverständlich sind solche Urteile nicht geeignet, eine Verständigung herbeizuführen. Zurzeit finden unter Leitung des staatlichen Schlichtungs-Beamten Einigungsverhandlungen statt. Sollten diese schlagend, so werden bin-nen kurzem insgesamt 50-60.000 Arbeiter im Kampf stehen.

Studenten gegen Streikbrecher. Der nor-wegische Studentenverein in Kristiania hat am 9. Februar eine Resolution angenommen, die prin-zipiell jede Art Streikbrecherei verurteilt und im besonderen das Verhalten einiger Studenten, die bei dem gegenwärtigen Hafenarbeiterstreik als Streikbrecher tätig sind, als unwürdig und als eine Schmach für den akademischen Stand bezeichnet hat.

Mißglückter Angriff der Liberalen gegen Macdonald.

London, 21. Febr. Die heute im Unterhaus mitgeteilt wurde, hat das Kabinett beschlossen, das Bauprogramm der konservativen Regierung, das den Bau von acht Kreuzern und einer Anzahl von Zerstörern und Flugzeugunterstützern vorsieht, zum größten Teil auszuführen. In später Abendstunde versuchten die Liberalen, die Arbeiterregierung hinterücks zu Fall zu bringen. Ramsay MacDonald erklärte, daß die Behauptung, es handle sich hier um eine Verstärkung der Flotte oder sogar um neue Rüstungsmaßnahmen, durchaus irreführend sei. Es kämen nur Ersatzbauten für veraltete Schiffe in Frage. Es sei völlig sinnlos, den bestehenden Verteidigungsapparat durch Veranschlagung der notwendigen Bauten zu schwächen, bevor man über weitere Schritte der Ausrüstung eine Einigung erzielen kann.

Der Marineminister im konservativen Kabinett Marry erklärte, daß seine Partei die Regierung bei der Abstimmung unterstützen werde. Die öffentliche Meinung des ganzen Landes werde die liberale Partei verurteilen, aus falschen Ersparnisrücksichten heraus die notwendigen Bauten für die Landesverteidigung verhindern zu wollen. Der Antrag, das Haus zu vertagen, wurde dann mit 372 gegen 73 Stimmen angenommen.

Es hat den Anschein, als ob die konservative Partei entschlossen sei, jeden Versuch der liberalen Partei zu verhindern, die Arbeiterregierung durch unfaire Maßnahmen zu stürzen. Die konservative Partei scheint entschlossen zu sein, diese einmal geschaffene Lage anzuerkennen und die Regierung nur durch eine lokale Opposition zu bekämpfen.

Mussolini über den Fiume-Vertrag.

D'Annunzio — der Eroberer Fiumes.

Rom, 21. Febr. Im Ministerrat berichtete Mussolini über die Vorgeschichte des Vertrages mit Jugoslawien, den er auf der Konferenz in Lausanne in einer Besprechung mit Nitti bereits in dieser Gestalt vorbereitet habe, hob die politischen Vorteile der gegenwärtigen Lösung hervor, darunter auch die Vermeidung des schmerzlichen Schiedspruches, und betonte, daß der Handelsabkommensvertrag keine militärischen Klauseln enthält. Die Linie der friedlichen Ausbreitung Italiens liege im Osten, da im Westen feste Staatsgebilde liegen, wohin Italien nur Arbeiter entsenden könne, und auch dies nur auf Widerruf (?). Bei dieser Ausbreitung seien aber gutnachbarliche Beziehungen zu Jugoslawien, dem nächsten Nachbar auf diesem Wege, notwendig. Mussolini stellte fest, wenn D'Annunzio seine Fiume-Unternehmen nicht getraut hätte, hätte Fiume heute nicht italienisch sein können. Die Proklamation der Einverleibung Fiumes mit Italien werde am 2. März dort in Gegenwart des Königs erfolgen.

Der Ministerrat nahm hierauf einstimmig das Abkommen mit Jugoslawien an. Ferner wurde ein Dekret beschlossen, wonach am 2. März überall nationale Feierlichkeiten angeordnet werden.

50.000 norwegische Arbeiter im Lohnkampf.

Christiania, 22. Febr. (AP.) Da alle Bemühungen, den Lohnkonflikt abzuwenden, gescheitert sind, wurde heute die Aussperrung im Baugewerbe und in einigen anderen Industriezweigen angekündigt. In der Papierindustrie hat heute der Streik begonnen. Im Ganzen feiern ungefähr 50.000 Menschen am 28. Febr. wird sich der Streik auf weitere 14.000 Arbeiter ausdehnen. Zwei kommunistische Führer, die die Metallarbeiter in der Presse aufforderten, den Streik fortzusetzen, wurden mit einer Geldstrafe von 500 norwegischen Kronen bestraft.

Der jugoslawische Luchz.

Die Ministeranklage gegen den korrupten Justizminister.

Belgrad, 22. Febr. In der Skupshtina herrschte gestern eine ruhige Stimmung. Die Spannung erhöhte sich während der Debatte über den Anklagevorschlag gegen den Justizminister Dr. Marković, und die Skupshtina glich mehr einer Gerichtsverhandlung als einem Parlament. Der demokratische Redner Bukarac erntete großen Beifall, als er feststellte, daß der ehemalige Justizminister für alle Affären gerichtlich verantwortlich sei. Große Sensation rief die Mitteilung des Redners hervor, daß der Justizminister einem Belgrader Industriellen für die Anschaffung von Maschinen in Deutschland auf Kosten der Reparationen eine Million deutsche Goldmark in 800.000 Dinar umwandele, obwohl zu dieser Zeit das Verhältnis 1:18 betand.

Heute vormittag wurde die Debatte fortgesetzt. Der slowenische liberale Abgeordnete Kenza erklärte, daß sein Klub für die Anklage stimmen werde. Nach den Bestimmungen der Verfassung über die Ministerverantwortlichkeit wird die Abstimmung geheim durchgeführt werden. Man erwartet ihr Ergebnis mit großer Spannung.

In fortgesetzter Verhandlung verweist der frühere radikale Vizepräsident der Skupshtina, der bäuerliche Abg. Ranković auf die Ver-

reicherung der Politiker verschiedener Parteien, weshalb es nötig wäre, durch eine parlamentarische Enquete die Quellen der Reichskäser zu erforschen.

Der amerikanische Luchz.

Paris, 22. Febr. Nach einer Meldung des „New York Herald“ aus Washington hat der Senatsauschuss zur Untersuchung des Petroleumskandals erklärt, daß der Generalanwalt Daugherty in der Sinclair-Angelegenheit verwickelt sei.

Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in:
Wien 100 Schweiz. Frank 16.80.00
Berlin 1 Mark 122.500.000.000.00

Prager Kurse am 22. Febr.

	Gold	Wage
100 holl. Gulden . . .	1311.00	1317.00
1 Billion Mark	7.85.00	8.05.00
100 belg. Franken . . .	131.00.00	132.50.00
100 schweiz. Frank . . .	697.50.00	610.50.00
1 Pfund Sterling . . .	150.80.00	151.70.00
100 Lire	152.50.00	154.00.00
1 Dollar	35.90.00	35.30.00
100 franz. Franken . . .	150.00.00	151.50.00
100 Dinar	43.37.50	43.57.50
10.000 magyar. Kronen . .	8.95.00	8.85.00
1.000.000 poln. Mark . .	3.45.00	4.25.10
10.000 österr. Kronen . .	4.53.00	5.03.00

Tages-Neuigkeiten.

Wir stehen an glühenden Feuern.

Von Kurt Kläber.

Wir stehen an glühenden Feuern und hämmern.
Wir stehen an tausenden Säulen und drehen.
Wir schaffen in fahlem Morgendämmern.
Wir schaffen, wenn die Sterne aufgehen. — Immer.

Doch wir feilen in aufgelegter Fron, wir feilen zu unserem eigenen Lohn, und in jedem wilden Hammer Schlag stöhnt und dröhnt es:
Wann kommt der Tag der Freiheit?
Der Tag, wo unsere Kraft nicht Herren den Reichthum mehrt,

der Tag, wo unsere Kraft jauchzend eigene Arbeit begehrt,
der Tag, wo man Arbeit um Arbeit wägt,
der Tag, wo man gleichen Lohn zu allen trägt,
die da schaffen?

Wir stehen und hämmern Schlag um Schlag.
Wir stehen und warten auf den Tag und sind doch die Kraft.

Doch kommt der ersehnte Tag nicht bald, in unserem Hämmern liegt die Gewalt.
Wir lassen Feuer und Feilen stehen und werden den Tag suchen gehn — Wir!

(Aus der „Neuen Saat“, Verlag Jenaer Volkshaus.)

Der Segen der kapitalistischen Wirtschaft.

Nach amerikanischen Blättern befinden sich zur Zeit in New York rund 750.000 Personen, die keine Wohnung haben. Die Obdachlosen sind zum Teil bei Verwandten und Freunden untergebracht, während ein anderer Teil bei Mutter Grün sein Unterkommen sucht und selbst auf den Dächern der Häuser kampiert. Der Senator Copland, der frühere Leiter des New Yorker Hygieneamts, hat die Aufmerksamkeit der Behörden auf diesen Notstand gelenkt unter Hinweis auf die Gefahren, die der Ausbruch einer Seuche für die überbevölkerten Stadtteile heraufbeschwören müßte.

Spitalhände.

Die Zustände im öffentlichen Bezirkskrankenhaus in Haida. — Weitere Affären des Primararztes Dr. Schwarzbach.

In der letzten Samstagabendgabe unseres Blattes brachen wir eine Darstellung der Zustände im öffentlichen Bezirkskrankenhaus in Haida, dessen Primararzt Dr. Schwarzbach im Mittelpunkt zahlreicher Affären steht, die im Haidauer Bezirke Aufsehen und Entrüstung hervorgerufen haben. Unsere letzten Ausführungen beschäftigten sich mit der Affäre Tschal, wobei wir an eine ähnliche Affäre erinnerten, die sich im Haidauer Krankenhaus in den Jahren 1917—18 zugetragen hat. Am Schlusse dieser Ausführungen stellten wir fest, daß die Affäre nicht die einzige des Primararztes Dr. Schwarzbach ist.

Auf Grund des uns zur Verfügung stehenden Tatsachenmaterials bringen wir auch die übrigen, nicht minder sonderlichen Affären des Doktor Schwarzbach der Öffentlichkeit zur Kenntnis.

Primararzt Dr. Schwarzbach, der die Verordnungen der Oberverwaltung des Krankenhauses in der Regel überhaupt ignorierte, der im Spital angestellte Dienstmädchen zur Krankennachtwache heranzog und der Anstaltsdisziplin und Operationen in der Anstalt durchführte, hat nicht

nur Untersuchungspräparate von Privatpatienten portofrei an das pathologisch-anatomische Institut nach Prag geschickt und Spitalinstrumente für seine Privatoperationen verwendet, sondern er hat sich auch eine Verletzung des ärztlichen Amtsgeheimnisses zuschulden kommen lassen.

Eine Kontrollkommission hat nämlich am 12. Dezember festgestellt, daß der Spitalpfleger Rudolf Endler von Dr. Schwarzbach als Hilfskraft sogar zu Operationen herangezogen wurde. Endler hat bei einer Magenoperation alle wichtigen Einzelheiten aufgeschrieben und nach der Operation den entfernten Magen anderen Patienten gezeigt.

Diese Taten beinhalten eine Verletzung des Absatzes 2 des § 3 der Normalinstruktion für behandelnde Ärzte. Endler hat von seiner Einnahme durch die Kontrollkommission dem Primararzt telefonisch berichtet, obwohl ihm nicht das Recht zustand, das Anstaltstelefon zu benutzen.

Ferner: Dr. Schwarzbach hat die Private Antonie Ulrich auf seine Rechnung in den Krankenstand der Anstalt aufnehmen lassen, und dadurch deren Offenheitsrecht verletzt. (Verletzung des § 42 der Normalinstruktion).

Die Fabrikantensfrau Adoline Paur aus Haida wurde von Dr. Schwarzbach im Krankenhaus einigemal röntgenbeleuchtet, ohne daß dafür der Anstaltskassa ein Heller bezahlt wurde. Frau Paur hat angegeben, daß sie viermal beleuchtet wurde und daß sie dafür Dr. Schwarzbach 200 K bezahlt habe.

Kann glaublich wäre, wenn ihn das „schlechte Gedächtnis“ des Primararztes nicht beunruhigen würde, folgender Fall: Die derzeit in Haidenbach angestellte Hausgehilfin Marie Reisel mußte sich im März 1921 im Haidauer Krankenhaus einer Nasenmuscheloperation unterziehen. Als sie nach der Operation mit zurückgebogenem Kopfe auf einem Stuhle saß, mußte sie das Blut, das infolge Rückstromens in den Hals gelangte, durch den Mund ausstoßen. Dabei fielen einige Blutspitzer auf den Anzug des Primararztes, der damals seinen Operationsmantel trug. Doktor Schwarzbach geriet darüber so außer sich, daß er die Reisel in Gegenwart der Operationsassistenten ein Schwein nannte und ihr eine Ohrfeige gab. Zur Klärung verhalten, erklärte Doktor Schwarzbach, daß er sich auf die Einzelheiten des Vorfalls nicht mehr erinnern könne!

Zur weiteren Kennzeichnung Dr. Schwarzbachs sei noch angeführt, daß er die Krankenschwestern „Schweine“ nannte, des öfteren eigenmächtig Urlaube erteilt und seine Vertretung selbst bestimmte, so daß Kontrollorgane zu ihrer Ueberwachung dann einen anderen Arzt beim Dienste anrufen.

Was hat nun die Oberverwaltung des Krankenhauses wegen dieser Affären unternommen? Sie hat Dr. Schwarzbach eine — Verwarnung erteilt! Mehr nicht.

Zum Schluß noch folgendes: Der derzeitige Haidauer Bürgermeister Gustav Czirnich, einer der Hauptbesitzer des Dr. Schwarzbach, ist Drogist in Haida und Lieferant des Krankenhauses. Desgleichen steht der Stadtpfleger Rudolf Schlegel, der gleichfalls mit besonderem Nachdruck die Interessen des Primararztes vertritt, in lebhafte Geschäftsverbindung mit dem Krankenhaus.

Die Zusammenhänge sind also klar genug und es braucht daher niemand wunderzunehmen, daß Genosse Preißler unter diesen Umständen sein Aufsehen im Krankenhaus in der letzten stattgefundenen Bezirkskonferenz niederlegte.

Patrioten im Café.

Sie saßen und tranken zwar nicht am Teetisch, sondern am Bierisch, und sprachen nicht von Liebe, sondern von Politik und wahrem Patriotismus, denn sie hatten bereits viel getrunken und waren schon sehr stark deutschnational. Dieser Bierisch stand in einem Caféhaus in der Friedrichstraße, in dem es so voll war, daß einem der Atem knapp wurde. Und immer noch schoben sich neue Scharen von der Straße herein, und auf dem Podium spielte die Musik mehr mit Schminke als mit Schmalz, und alles schwamm im Meer der Gluckseligkeit. Die Patrioten am Bierisch aber lebten wie auf einer Insel inmitten allgemeiner Luftigkeit, leerten Glas um Glas und lösten — die soziale Frage. Sie kümmerten sich nicht um das Menschengefährdel, durch dessen enge Maschen die Rechner mit schweren Tablett geschickt sich schlängelten, sie lehrten der Kapelle den Rücken, und wenn die Musiker die Instrumente für ein Weilschen in Ruhe ließen, konnte man ein paar Schlagworte erhaschen, die die Patrioten nur so auf den marmornen Bierisch schlugen. „Soziale Befreiung . . . vernünftige Wirtschaftspolitik . . . nationale Basis . . . Marxistenbände . . . rotes Manufakturgeschäft . . . verdammte Judenbagage“ und so. So richtig Rappistenworten und Kapitelsüberschriften einer handlichen, für Hinz und Kunz gleich leicht faßlichen, praktischen Nationalökonomie.

Nach kurzer Pause paukte und siedelte die Musik wieder frisch drauf los. Plötzlich, nach ein paar Takten, fuhr der eine der Patrioten am marmornen Bierisch, wie von der Tarantel gestochen in die Höhe, und seine Worte lobten und tollten nur so vor gemachter Wut. „Da habt Ihr die Schweineerei! Was hab' ich vorhin gesagt? Was hab' ich gese! — aag! Wo bleibt die Achtung vor dem Deutschtum? Spielen die Kerle in einem deutschen Café „Carmen“, wo wir so viele gute deutsche Musik haben! Bränden wir das französische Drecksgebüdel? Ein Skandal ist das, ein . . .“ Einer seiner Mitpatrioten, der anscheinend noch nicht ganz doll deutschnational war, wollte die Wogen glätten und warf ein: „Na laß man, ist doch aber eine schöne Musik, diese „Carmen“. „Ach was! Is mir egal! Re Schweineerei ist es und bleibt es, daß sie hier französische Musik machen!“

Da drehte sich vom Nachbartsch einer um und sagte beschiden: „Entschuldigen Sie, meine Herren! Die Musik spielt aber nicht „Carmen“, sondern „Troubadour“. In dessen, diese Feststellung, an deren Richtigkeit nicht gerüttelt werden konnte, rührte der Patriot nicht im geringsten. Mit einer Stimme, in der Kühnheit war und Wut zugleich, Abweisung und Aerger, kurz, die ganze Stala schöner Empfindungen zwischen Stärke, Dünkel und Stolz, wie sie die Seele eines echten Patrioten durchströmt, sagte er: „Da könnt Ihr sehen, wie sie sich alle an mir reiben!“ Einer der Cafégäste aber, der schon lange der praktischen Nationalökonomie der Patrioten am marmornen Bierisch lachend zugehört hatte, warf so recht warm und wohltonend dazwischen: „Mach'n Sie sich nicht draus, junger Mann! Lassen Sie sich kalt abreiben, dann vergißt es wieder.“

Anmerkung des Chronisten, damit nicht Berliner in schlechten und schimpflichen Verdacht kommen: Es war am Vorabend der landwirtschaftlichen Woche!

(Aus dem Berliner „Vorwärts“.)

Das Prager Bauprogramm für 1924. Für das Jahr 1924 projektiert Prag den Bau von Häusern mit 120 Wohnungen in Neu-Bystochan und Parterrebaraden aus Stampfbeton für Delogierte zu je 17 bis 20 Wohnungen in Kosir, Michle und Zizkow. Ferner sollen acht Häuser mit 152 Wohnungen in Bubenstsch für die eventuell Delogierten aus den Gemeindehäusern in Podstäl und am Frantisek errichtet werden und schließlich werden zehn Zinshäuser (drei in Prag VII, zwei in Bystochan, zwei in Brschowitz, zwei in Zizkow und eines in Radlit) geplant, als Ersatz für die im sanitären Sinne ungünstigen Wohnungen. Im Investitionsprogramm des Jahres 1924 rechnet man für diese Bauten mit einem Aufwand von 28 Mill. K.

Aus der Haidauer Stadtvertretung. In der letzten Sitzung der Haidauer Stadtvertretung wurde unter anderem über die Forderung der Stadtgemeinde gegen die Kaufirma Ernst Reigner verhandelt. Die Firma des Ernst Reigner, des Sohnes des ehemaligen Bürgermeisters von Haidenbach Genossen Reigner, geriet in Konkurs und schuldet der Stadtgemeinde Haidenbach einen Betrag von etwa 70.000 K. Genosse Reigner hat fehlerhafterweise Beträge an seinen Sohn ausbezahlt, obwohl dieser seine Forderungen gegenüber der Stadtgemeinde an die Deutsche Volksbank abgetreten hatte. Ernst Reigner hat die an ihn zur Auszahlung gelangten Beträge gewöhnlich in zwei bis drei Tagen wieder an die Volksbank abgeführt, allerdings bis auf einen Betrag von etwa 35.000 K. Wie die Rechtskommission in der Sitzung der Stadtvertretung mitteilte, hat Genosse Reigner bereits 36.000 K zur Deckung der Forderung erlegt und sich ferner in einer Zuschrift verpflichtet, für weitere durch sein Verschulden entstandene Schäden bis zur vollständigen Schadloshaltung der Gemeinde zu haften. Die sozialdemokratische Fraktion der Haidauer Gemeindevertretung war — wie ihr Sprecher in der betreffenden Sitzung in einer Erklärung feststellte — über das Rechtsverhältnis zwischen der Stadtgemeinde Haidenbach, dem Baumeister Ernst Reigner und der Deutschen Volksbank sowie über die Vorgänge bei den Auszahlungen an diesen nicht informiert. Daher trägt die Verantwortung lebhaft der frühere Bürgermeister Genosse Adolf Reigner, nicht aber die sozialdemokratische Gemeindefraktion oder gar die sozialdemokratische Fraktion von Haidenbach erklärt, daß alle Maßregeln zu ergreifen sind, um die Gemeinde Haidenbach vor Schäden zu schützen oder den Schaden möglichst zu mindern und stellt bei Anerkennung der Verdienste des Genossen Reigner um die Arbeiterchaft und die Partei doch mit Bedauern fest, daß in vorliegendem Falle die notwendige Vorsicht nicht obgeachtet hat. Genosse Reigner hätte als Bürgermeister in allen Angelegenheiten, die das Verhältnis zwischen der Gemeinde und seinem Sohn betrafen, jede Amtstätigkeit den hiesu berufenen gesetzlichen Stellvertretern überlassen sollen. — Die „Deutsche Landpost“ schreibt, daß Genosse Adolf Reigner Mitglied der sozialdemokratischen Reichsparteileitung sei. Das ist unwahr; Genosse Reigner gehört dem Parteivorstand unserer Partei nicht an.

Aushebung eines „Germania“-Bundes. Mittwoch abends wurde in Braunschweig durch die Polizei eine Versammlung des „Germania“-Bundes ausgehoben, da der dringende Verdacht besteht, daß dieser Bund lediglich eine Fortsetzung der verbotenen nationalsozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands ist. Etwa 150 Teilnehmer, darunter der frühere Braunschweiger Ministerpräsident Sepp Dertter, w. . . den in das Polizeipräsidium eingeliefert, von wo sie nachts wieder entlassen wurden. Einige Personen, bei denen belastendes Material gefunden wurde, wurden dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

4400 Armenräte in Wien. Der Fürsorgeausschuss in Wien hat die Ernennung von 4400 Armenräten beschlossen. In dieser Zahl befinden sich mehr als 300 tschechische Sozialdemokraten. Die Funktion der Armenräte dauert fünf Jahre.

Das antisozialistische Attentat in Paris. Zu dem Attentat auf den Festschriftführer Nicola Bonsevi in Paris wird berichtet, daß der Attentäter erklärt habe, als Anarchist vor dem Fasizismus aus Italien geflüchtet zu sein und die Tat aus Rache begangen zu haben. Er habe mit niemanden in Verbindung gestanden.

Die Bauvorsorge der Gemeinde Wien. In der letzten Sitzung des Wiener Gemeinderatsausschusses für technische Angelegenheiten berichtete Stadtrat Siegel, daß der mit der Verfertigung der Pläne für die städtische Wohnhausanlage auf der Landstraße, Ecke Dietrich-, Drosch- und Gäßnergasse, betraute Architekt Badstieber nunmehr seine Arbeiten vollendet hat. Es handelt sich um einen Baugrund von rund 2734 Quadratmeter, von denen 1756 Quadratmeter verbaut werden. Die Anlage enthält einen großen Wohnhof, der den Zugang zu den sechs Stiegenhäusern bildet. Dieser Wohnhof wird gärtnerisch ausgestaltet, mit einem einfachen Brunnen, Augenbänken und einem Kinderspielplatz versehen. Der architektonische Aufbau dieser Wohnhausanlage ist in seiner Massenwirkung durch das Zurückweichen der fünf Stock hohen Baumassen im mittleren Teil der Droschgasse erhöht. Insgesamt wird die Anlage 111 Wohnungen, zwei Geschäftslokale, eine Werkstätte und drei Kellers umfassen. Von diesen Wohnungen sind acht mit je drei Zimmern, Kabinett, Küche, Bad, Vorräum und Hausgehilfenzimmer und 98 Kleinwohnungen mit Vorräum, Küche, Zimmer und Klosett oder mit Zimmer, Kabinett oder zwei Zimmern und ferner fünf Einzelzimmer mit kleiner Wirtschaftsnische. Jede Wohnung hat eigenes Klosett, eigenen Keller und Laubodenraum. In den Wohn- und Schlafräumen sind Brettlböden, in den Vorräumen, Aborten und Wirtschaftsnischen Terrazzopflaster vorgegeben. Beachtenswert ist, daß die Gas- und Elektrizitätsmesser nicht mehr in den Wohnungen, sondern in den Stiegenhäusern in besonderen Nischen untergebracht werden. Im Kellergechoß werden auch drei Bannen- und vier Brausebäder eingerichtet. Im Erdgechoß wird ein Kinderaufenthaltsraum mit einer Werkstätte für Kinder errichtet. Die Kosten dieser Wohnhausanlage betragen 9860 Millionen Kronen. Der Gemeinderatsausschuß hat diesen Plänen zugestimmt.

Alkoholdes eines sechsjährigen Kindes. Am 19. November brannte die Bäckerin Maria Glangner in Unterwald bei Voigtberg in der Steiermark im Keller ihres Backgeschäftes Schnaps. Dabei haben ihr zwei Buben (sechs und sieben Jahre alt) durch kleine Handreichungen, wie Holz- und Wassertragen. Dafür belohnte die Bäckerin die beiden Buben nicht mit ein paar Äpfeln oder Birnen, sondern mit einem Sechzehntelliter Schnaps. Um den beiden Kindern das Gift recht schmackhaft zu machen, versüßte sie den Schnaps mit Zucker. Den Kindern hatte der Schnaps so gut geschmeckt, daß sie nach mehr begehrten. Sie schlüpfen in den Keller und tranken nach Herzenslust. Der kindliche Unverstand und die Hast brachten es mit sich, daß sie von dem Schnaps ein Quantum vertilgten, das einen erwachsenen Alkoholiker zu Boden geworfen hätte. Sie nahmen einfach einen Suppenkühler, der mehr als ein Viertelliter faßte, und tranken drei Schöpfer voll in einem Zuge hinunter. Die Wirkung war natürlich verheerend. Die Kinder vermochten nicht aus dem Keller zu taumeln, und als sie endlich entdeckt wurden, boten sie das schaurige Bild einer schweren Alkoholvergiftung. Der sechs Jahre alte Peter Reingriebel war 36 Stunden bewußtlos und starb dann, ohne auch nur einen Augenblick zu sich gekommen zu sein. Der sieben Jahre alte Sturmann war ebenfalls lange bewußtlos und konnte nur mit Mühe vor dem Vergiftungstode gerettet werden. Die Bäckerin wurde jetzt zu drei Wochen strengem Arrest verurteilt.

Zum Untergang der „Dignide“. Der Bericht der Untersuchungskommission über die Ursachen der Katastrophe der „Dignide“ ist veröffentlicht worden. Die Kommission kam zu dem Schlusse, daß das Luftschiff in technischer Hinsicht einwandfrei war. Das Unglück sei hauptsächlich auf den Mangel an geeigneten Landungsplätzen zurückzuführen gewesen. — Also in der Sahara und auf dem Meer Landungsplätze schaffen und so was kann nicht mehr vorkommen.

Der „Lusitania“-Prozess vor der Verurteilung. Die gemischte Kommission, welche sich mit den Forderungen beschäftigt, die mit der Torpedierung der „Lusitania“ zusammenhängen, hat einen Beschluß gefaßt, demzufolge eine Gruppe von 57 Anspruchsberechtigten eine Entschädigungssumme von etwa eine Million Dollars erhalten wird.

Niesenheringschwärme an der norwegischen Küste. Nach einem der Christanter „Afienposten“ aus Gangesund zugewandenen Telegramm übersteigt das Ertragnis des heutigen Heringsfangs an der Westküste Norwegens alle bisherigen Fangresultate. Der Preis für ein Hektoliter Heringe beträgt sechs norwegische Kronen (ist gleich ungefähr 30 tschechische Kronen).

Unfall des Paris-Köln Schnellzuges. Zeitungsberichten zufolge, ist Mittwoch eine Lokomotive mit dem Schnellzuge Paris-Köln im Bahnhof Taniges zusammengestoßen. Fünf Personen wurden hierbei verletzt. Der Materialschaden ist beträchtlich.

Große Schneestürme in Nordspanien. Das „Journal“ meldet aus Madrid, daß in Nordspanien große Schneestürme wüten. Der Schnee erreichte eine Höhe bis zu zwei Meter. Der Bahnverkehr ist an vielen Stellen unterbrochen.

Ein Todesopfer des Autobus. Vorgestern nachmittags spielte sich auf dem Wiener Graben eine aufregende Szene ab. Eine etwa 45jährige, gut gekleidete Frau war plötzlich vom Gehsteig auf die Fahrbahn herabgetreten. Hinter ihr kam ein zum

Schwedenplatz fahrender Autobus einher. Möglicherweise infolge des schlüpfrigen Pflasters, vielleicht auch infolge der Nervosität bei dem Verkehr, dem herankommenden Autobus auszuweichen, stürzte die Frau plötzlich zu Boden. Der Autobus konnte nicht rasch genug zum Stehen gebracht werden und die Räder des schweren Wagens gingen über den Kopf der Unglücklichen hinweg. Dabei wurde ihr der Schädel vollständig zertrümmert, was natürlich ihren sofortigen Tod zur Folge hatte. Ihr Name konnte bisher nicht ermittelt werden.

Weiteres (Wichtiges gemessen.) Im belgischen sozialistischen Parteiblatt „Le Peuple“ war nachstehende Anekdote zu lesen: Im Eisenbahnabteil saß in einer Ecke ein Maurer und las den „Peuple“. Ihm gegenüber saß ein Geistlicher. „Sind Sie denn Sozialist?“ fragte er den Arbeiter. — „Selbstverständlich!“ antwortete dieser, — „bin Arbeiter und infolgedessen auch Sozialist.“ — „Aun,“ entgegnete salbungsvoll der Herr Pfarrer, „wissen Sie auch, was für ein Abstand zwischen einem Bagabunden und einem Sozialisten ist?“ — Der Maurer zog seinen Mantel hervor, hielt ihn gegen den Geistlichen, maß die Entfernung zwischen sich und ihm und sagte seelenruhig: „Fünfundsechzig Zentimeter, mein Herr!“

Wetterüberblick vom 22. Februar. Am Donnerstag hat es sich in Prag während des Tages bis auf 4 Grad Celsius erwärmt. Auch der Frost in der Nacht auf Freitag hat etwas abgenommen. Der Nordküste Europas entlang ist eine Depression gezogen. Ihr Einfluß hat sich bei uns in einer Verhärtung des Westwindes geäußert. Wahrscheinliches Wetter von heute: Veränderlich, Bewölkung, ohne wesentliche Niederschläge, Fröste, mäßige bis frische Nordwinde.

Bezirksjugendfürsorge oder Wohlfahrtsamt. *)

Die Fürsorge ist nur dann wirksam, wenn sie die Ursachen der Not aufsucht und bekämpft, wenn sie den Menschen und die Familie als Ganzes betrachtet und die Sanierung nicht auf eine Neuerung der sozialen Erkrankung beschränkt, sondern eine Heilung der gesamten Schäden im Zusammenhange betreibt. Man muß sich ferner darüber klar sein, daß gewährte Hilfe zwecklos ist, wenn sie nur auf einzelne Maßnahmen (z. B. einen Erholungskurs) beschränkt wird, während Fortsetzung der Hilfe erst den Erfolg sichern kann. Es gilt nicht nur aus Erprobungsgründen, sondern auch im Interesse der Hilfsarbeiten selbst, Doppelhilfe, Eingreifen mehrerer Stellen zu gleichen oder verschiedenartigen Maßnahmen in einer Familie zu verhindern und umgekehrt durch Zusammenfassung der vorhandenen Kräfte die Hilfe einheitlich und durchgreifend zu gestalten. Die zur Verfügung stehenden Mittel ökonomisch zu verwenden, wird nur durch die Zusammenfassung ermöglicht.

Es ist in der Alltagspraxis keine vereinzelte Erscheinung, daß nicht nur Hilfsbedürftige von mehreren Stellen in Unabhängigkeit von einander betreut und daher übermäßig unterstützt werden, sondern auch der öffentlichen Fürsorge nicht bedürftige Personen, die von einer Fürsorgestelle nach Prüfung der Sachlage abgewiesen wurden, nun doch von einer anderen Hilfsorganisation unterstützt werden. Durch eine geordnete Zentralisation läßt sich dieser Mißstand verhindern. Nur so wird für eine gerechte und billige Verwendung der zur Verfügung stehenden Hilfsmittel Gemähr geleistet.

Das Fürsorgeamt dient der Organisation der gesamten Wohlfahrtspflege, es schafft damit den Rahmen für den Ausbau und die Durchführung der gesamten Wohlfahrtsarbeit und zentralisiert alle an dieser Aufgabe beteiligten Stellen. Zubehörend gliedert sich sein Stoffgebiet in wirtschaftliche, gesundheitliche und erzieherische Fürsorge. Das Bezirksfürsorgeamt wird die berufene Organisationsstelle sein, der es obliegt, alle Bestrebungen auf den Gebieten des Säuglingschutzes, der Mütterberatung, der Tuberkulosefürsorge und der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten planmäßig zusammenzufassen und auszubauen. Auf dem Gebiete der Jugendhilfe und der Volksbildung warten der Fürsorgeämter grundlegende Aufgaben. Körperlich und geistig hat unsere Jugend durch die Erschütterung und Nöte der vergangenen Kriegsjahre beispiellos gelitten. Will das Bezirksfürsorgeamt seine Aufgabe ernstlich erfüllen, so muß es im wahren Sinne des Wortes die Führung für die gesamte öffentliche und private Wohlfahrtspflege des Bezirkes bestreiten.

Die Führung muß darin bestehen, daß im Schoße des Fürsorgeamtes die Probleme der Fürsorge, die in unserer Zeit wirtschaftlicher Not, der zunehmenden Teuerung vielgestaltig sind, zwischen allen Beteiligten erörtert und den geeigneten Stellen zur Erledigung zugewiesen werden. Die Bearbeitung der einzelnen Aufgaben-zweige des Amtes erfolgt in den einzelnen Ausschüssen. Diese Ausschüsse setzen sich aus Vertretern des Hauptausschusses und der auf dem gleichen Gebiete tätigen Körperschaften der öffentlichen und privaten Fürsorge zusammen. In den Ausschüssen soll die Wohlfahrtspflege auf den einzelnen Gebieten zusammengefaßt und durch die Mitarbeit aller einschlägigen Organisationen wirksam gestaltet werden. Die Selbstständigkeit der einzelnen Fürsorgeorganisationen bleibt vollkommen gewahrt. Das wertvolle Wirken der privaten Tätigkeit soll in keiner Weise eingeschränkt werden, sondern nur durch die Zusammenfassung unter Führung des Fürsorgeamtes die systematische Vertiefung und der Ausbau aller Zweige der Wohlfahrtspflege gefördert werden. Zur Leitung des gesamten Amtes wird ein Hauptausschuß berufen. Das Fürsorgeamt wird sich hauptsächlich für Gesundheitswesen, welchem Ausschuh bei dem ihm zufallenden großen Arbeitsgebiete noch weitere Unter- und Fachausschüsse sich angliedern müssen. In der Gesundheitsfürsorge handelt es sich hauptsächlich um die sogenannte vorbeugende Behandlung. Diese beabsichtigt, die Krankheitsbedrohung in ihren ersten Anfängen festzustellen, einer zweckmäßigen und einen dauerhaften versprechenden Behandlung zuzuführen und die notwendigen Einrichtungen zu schaffen und zu verwalten, welche das Leiden zum Stillstand bringen und die Gesundheit wiederherstellen sollen. Die Bekämpfung der Krankheit des Einzelnen geschieht nicht nur in dessen Interesse, sondern eben so sehr in dem der Gesamtheit, welche durch den Erkrankten gesundheitlich bedroht oder wirtschaftlich ernsthaft belastet wird. Der Erfolg hängt von der Sorgfalt bei der Ermittlung der allerersten Krankheitserscheinungen ab und diese Tatsache ist entscheidend für die Methodik in allen Zweigen der Gesundheitsfürsorge. Sie zwingt dazu, auch die feineren Hilfsmittel klinischer Diagnostik heranzuziehen, um auch funktionelle Störungen der Organe nachzuweisen.

*) Siehe den Artikel in der Nummer vom 21. Februar.

Weitere Unter Ausschüsse wären: Kriegsbeschädigtenfürsorge, Jugendamt, Unterstützungsausschuß, Ausschuh für soziale Ausbildung und schließlich eine Rechtsauskunftsstelle. Die Rechtsauskunftsstelle soll den Minderbemittelten, die sich der Hilfe eines Anwaltes zur Erledigung ihrer Rechtsangelegenheiten nicht bedienen können, die aber infolge ihrer Rechtsunkenntnis und Rechtswandtheit auf zuverlässige Rechtshilfe in besonderem Maße angewiesen sind, Rat und Hilfe gewähren, zunächst durch Behandlung von Einzelfällen, dann aber auch darüber hinaus, durch Förderung von Rechtskenntnis und Rechtsverständnis. So wichtig und unumgänglich notwendig der erste Teil dieser Aufgabe ist, im Bedarfsfalle Rat und Auskunft zu erteilen und so den Auskunftsuchenden vor vermeidbaren Rechtsnachteilen nach Möglichkeit zu bewahren und ihn bei der Verfolgung begründeter Rechtsansprüche zu unterstützen, so wenig darf hinter dieser Aufgabe die Förderung von Rechtskenntnis und Rechtsverständnis zurücktreten. Gerade in dieser Aufgabe tritt das Wesen der gemeinnützigen Rechtsauskunftsstelle klar zutage. Der Einzelfall erfordert zunächst eine möglichst restlose Aufklärung des Sachverhaltes, daneben eine dem Verständnis der Beteiligten angepaßte Rechtsbelehrung und daran anschließend die Erteilung von praktischen Ratschlägen, die der Rechtslage und den besonderen Umständen des Einzelfalles anzupassen sind. Sollen Auskunft, Rechtsbelehrung und praktischer Rat von Wert sein, muß der Auskunftsuchende sie verstehen. Er muß nicht allein den praktischen Erwägungen folgen, sondern auch die Rechtszusammenhänge, wenigstens in ihren Grundzügen, übersehen können. Dadurch wird der Auskunftsuchende vor eine schwierige Aufgabe gestellt. Aber gerade dieser pädagogische Teil der Rechtsauskunftsstellenarbeit ist von hoher Bedeutung und führt dazu, daß der Auskunftsuchende auch für fernere gleichartige Fälle Richtlinien mitnimmt. So bearbeitet, wird jeder derartige Einzelfall zur Förderung des allgemeinen Rechtsverständnisses beitragen.

Wichtiger als die Form des Fürsorgeamtes ist der Geist, der in seiner Verwaltung herrscht. Beamte und ehrenamtlich tätige Männer und Frauen sollen gemeinsam in der Wohlfahrtspflege wirken. Die Erkenntnis, daß in den untersten Schichten die Reime aller physischen Krankheiten ihren besten Nährboden finden und daß wirtschaftliche Notlage zur Quelle kultureller Demmungen und sittlicher Volkschäden wird, treibt dazu, sich der sozialen, wirtschaftlichen und geistigen Lebung der betroffenen Volkskreise zu widmen. Nur bei regster Arbeit auf allen Gebieten der vorbeugenden und vorzorgenden Wohlfahrtspflege kann das arbeitende Volk die Nöte und Wunden des Krieges und der jetzigen Arbeitslosigkeit überwinden. Volksgesundheit und Volkskraft sind von dem Ausbau der sozialen Hilfe in den nächsten Jahren abhängig.

Die Aufgabe aller Fürsorgetätigkeit muß daher sein, allen jenen, die unverschuldet in eine Lage gekommen sind, in der sie Fürsorge benötigen, Hilfe zu gewähren. Niemals soll der Fürsorgebedürftige das Gefühl haben, daß ihm eine Wohlthat erwiesen werde, für die er dankbar zu sein hat, sondern umgekehrt, die Gesellschaft muß es als ihre Pflicht ansehen, soziale Schäden zu heilen. Die Armenunterstützung muß jedes bitteren Beigeschmackes entkleidet werden und niemals darf sie Rechte kürzen.

Die soziale Fürsorge soll vom Staate und den autonomen Körperschaften ausgebaut und aus öffentlichen Mitteln unterhalten werden. Die, für welche der Weg bestimmt ist, sollen ein Recht auf seine Verwendung, die durch einheitliche Vorschriften zu regeln ist, haben. Die Armenpflege muß so ausgebaut werden, daß sie der Wohlfahrtspflege gleichkommt, d. h. daß der Fürsorgebedürftige, der Unterstützung braucht, sich gar nicht bewußt wird, ob hinter dem Fürsorgeamte sich Armen- oder Wohlfahrtspflege verbirgt. Vor allem muß verhälet werden, daß die durch den Krieg oder die Arbeitslosigkeit unverschuldet in Not geratenen Menschen etwa darum als arm behandelt werden, weil es an den zweckdienlichen Einrichtungen fehlt; um aber alle die

verschiedenartigen und dennoch ihrer Ursache nach einander verbundenen Aufgaben einheitlich und geschäftsmäßig, möglichst zweckdienlich und mit dem geringstmöglichen Kostenaufwand zu bearbeiten, ergibt sich von selbst die Notwendigkeit, die gesamte Fürsorgetätigkeit an einer Stelle zusammenzufassen. Die Jugendfürsorge muß für alle Altersstufen fortlaufend und ineinandergreifend gestaltet werden, Gesundheits- und Wirtschaftsfürsorge zusammenarbeiten, um eine wirkliche Sanierung und Dauerhilfe zu versuchen. Die heutige Fürsorge ist in Spezialfürsorge aufgelöst, die fast alle ihre eigenen Einrichtungen mit Personal haben. Bezirksjugendfürsorge mit den Mütterberatungsstellen und der Fürsorgegeschwester, die Bezirksverwaltungs-kommission mit der schulärztlichen Einrichtung und den Schulschwester, andere private Hilfsvereine mit Armen- oder Krankenpflegerinnen, kurz eine Menge von Fürsorgeorganen, die alle in einer Familie, bei einem Fall tätig werden können. So entstehen verschiedenartige Urteile im gleichen Fall, verschiedenartige Beratung, Ueberlaufen und Befähigung der Hilfsbedürftigen. Viele Hilfsbedürftige werden dann mißtrauisch, sie betrachten die häufigen Recherchen als eine unnütze Ausforschung und verschließen sich dann allen Fragen gegenüber.

Die Zentralisation des gesamten Fürsorgewesens ist eine dringende Notwendigkeit und ihr wird sich auf die Dauer das Ministerium für soziale Fürsorge nicht entziehen können. Hier alles Erforderliche in die Wege zu leiten, wäre eine dankenswerte Aufgabe für dieses Ministerium. Der zukünftige Geschichtsschreiber der heutigen Zeit wird dem nicht unrecht geben, der die Ansicht vertritt, daß die Fürsorgeämter im besten Sinne des Wortes Wiederaufbauämter des Volkes sind.

Einer besseren Zukunft entgegen!

Von Anatole France.

Wir wollen, daß der Friede nicht mehr gestört werde. Und wir wollen dies mit aller Entschlossenheit. Ernste Männer und ernste Zeitungen werfen uns dies mit großer Strenge vor und überhäufen uns mit Spot und Sarkasmus. Im Grunde freilich sind diejenigen, die uns am schärfsten todeln, ebensovonnig Feinde des Friedens und sie wollen ebensovonnig wie wir den Krieg.

Aber sie wollen ein ständiges Bestehen der Drogung. Sie wollen die Gefähr abseits aber doch immer gegenwärtig. Die Döllensmaschine soll nicht losgehen, aber sie soll geladen bleiben. Darum die ewigen Kriegsbearbeitungen, die absichtlich von den Führern der reaktionären Parteien und den nationalistischen und gemäßigten Zeitungen geschürt werden.

Diesjenigen, die diese unheilvollen Gerüchte in Umlauf setzen, glauben selbst nur halb, oft genug aber überhaupt nicht an sie. Aber sie finden ihre Rechnung dabei, das Volk davon glauben zu machen. Diese Vorteile sind jedermann bekannt. Sie sind politischer und finanzieller Natur. Ein Volk mit dem Krieg und der Inflation vor Augen ist sehr leicht zu regieren. Es verlangt keine sozialen Reformen und wenn es doch Profetatiergäbe, die genug eigensinnig wären, von der Regierung und den Deputierten die Beschleunigung von Gesetzen über gewerkschaftliche Freiheiten oder den Achtstundentag zu verlangen, so wären alle die weisen Herren, die uns regieren, sofort mit der Antwort bei der Hand: Profetatier! dies ist nicht der Augenblick, eine Verbesserung Eures Schicksals zu verlangen! Wir dürfen an nichts anderes denken als Kanonen zu gießen.

Und was wäre hierauf zu erwidern? Ein Volk, das vom Kriege und der Inflation bedroht ist, wird bei Rüstungsangelegenheiten und Kriegslieferungen leicht mit sich reden lassen. Und das ist für Finanz und Industrie, die mit dem Patriotismus ein ausgezeichnetes Geschäft machen, eine vorzweckliche Sache.

Der Weltfriede wird kommen, nicht etwa weil die Menschen um so vieles vernünftiger werden dürften — das ist kaum zu erhoffen —, sondern weil eine neue Ordnung, eine neue Wissenschaft, neue wirtschaftliche Notwendigkeiten die Menschen zum friedlichen Zusammenleben zwingen werden, genau so wie die Lebensbedingungen sie ehemals zum Kriegszustand und zur Aufrechterhaltung des Krieges genötigt haben. Um diese neue Kurve für die Zukunft verlängern, können wir bewirken durch eine Ausgestaltung und Vervollkommnung der Beziehungen zwischen allen Völkern und Rassen, durch eine rationelle Organisation der Arbeit und durch Errichtung der Vereinigten Staaten der Welt.

Und dies durchaus kein Traum, keine Illusion, die zerstäuben wird! Wir dürfen vielmehr sagen, daß im Gegenteil jene träumen und sich täuschen, die, weil sie vom Militarismus und von der gewalttätigen Kolonisierung leben, sich im Glauben wiegen, daß die gegenwärtige Ordnung oder vielmehr Unordnung ewig dauern werde.

Aber glauben sie es denn wirklich? Nein, sie sind sich wohl bewußt, daß der Krieg nicht ewig dauern wird. Und sie wissen auch, wie man ihn löst, was ihn löst wird. Sie wissen, daß sich die Völkervereinigung in nicht ferner Zeit vereinigen und ein einiges Weltproletariat bilden werden und daß in Erfüllung des großen Lösungswortes die brüderliche Vereinigung der Arbeit der Welt den Frieden bringen wird.

Kleine Chronik.

Historisches von der Grippe.

Die Grippe stellt sich als milderer Gast in den letzten Wochen wieder öfters ein, wenn sie auch glücklicherweise nicht jene furchtbaren Formen annimmt, wie in der Zeit kurz nach dem Kriege. Damals glaubte man, daß mit dieser Krankheit eine ganz neue furchtbare Geißel der Menschheit erstanden sei. Aber gar bald erkannte man, daß es sich um eine Epidemie handelt, über die wir schon seit Jahrhunderten unterrichtet sind. Der bekannte Historiker der Medizin, Dr. Erich Ebelin, hat in der Zeitschrift „Das deutsche Buch“ interessante Mitteilungen über die Geschichte dieser Krankheit gemacht. Schon im Jahre 1850 treffen wir auf eine Epidemie, der sog. „Schloßkrankheit“, die nichts anderes war als unsere heutige Gehirngrippe. Diese besonders gefürchtete Form der Grippe wurde in London in den Jahren 1774—75 beobachtet und geschildert. Kein Geringerer als Isaac Newton machte damals mit ihr Bekanntschaft. Der Name „Grippe“, der damals aufkam, kommt von dem Wort „grippor“, d. h. angreifen, befallen. Die Grippe erhielt also ihren Namen davon, daß sie ganz plötzlich den Menschen ergreift, packt. Seit 1793 erscheint daneben der Name „Influenza“, der soviel wie Einfluß bedeutet. Dabei ist ursprünglich an den Einfluß der Gestirne auf die Gesundheit des Menschen gedacht. Diese „Influenza“ tritt dann im 18. Jahrhundert vielfach auf. So schreibt Dichtenberg 1775 aus London: „Es ist ein sehr großes Sterben hier, und manche Leute sind äußerst ängstlich.“ In den folgenden Jahren war Deutschland von der Grippe heftig heimgesucht. So berichtet Herzog Karl August aus dem Jahre 1782 von Goethe: „Deht geht Goethe gelb und bleich umher und sieht an sich herum.“ Die Hofdame Fräulein von Göchhausen schreibt Ende Mai desselben Jahres: „Da ist eine verflucht verdächtige Seuche losgegangen, die ein unfeliger Sturm von Affekten über ganz Deutschland gehaht haben soll und deren Geißel keines Menschen Kind entgeht.“ Sie selbst wandelt „unter kaum Erkendenden, Kranken oder im Begriff krank zu werdenden Schatten umher“ und kommt sich vor „wie ein armer Teufel in der Bataille, neben dem Freund und Feind fällt und der sich auch jeden Augenblick einer Musketenkugel verleiht.“

Im selben Jahre erkrankte Schiller besonders heftig, so daß er nach der Aufführung der „Mäuber“ in Mannheim in sehr schlechtem Zustande nach Stuttgart zurückkehrte. Damals riefte Kant eine „Nachricht an Ärzte“ in die „Königsberger gelehrte und politische Zeitung“, und zwar zu dem Zwecke, um dieser Krankheit, die nicht durch die Luftschaffenheit, sondern durch bloße Ansteckung sich ausbreiten scheint, so weit als möglich nachzuspüren. Kants Anschauung, daß die Krankheit durch „schädliche Insekten“, die durch den russischen Handel nach dem westlichen Europa kamen, erzeugt würde, fand die Zustimmung des Wiener Medizinalkollegiums. In Paris sang man damals einen Offenbarer, dessen Refrain lautete: „Die Grippe ist Mode in Paris“. Der nächsten großen Influenzaseuche, die in den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts durch Europa zog, fiel Chamisso zum Opfer. Kurz nach der Erkrankung, im Jahre 1833, dichtete er ein Sonett mit der Ueberschrift „Nach der Grippe“. In den Folgen der heimtückischen Krankheit starb er dann 1838. Bei der nächsten großen Epidemie, die von 1889—91 tobte, sammelte der Breslauer Hygieniker Richard Pfeifer die Erfahrungen, mit deren Hilfe er den Pfeiferschen Bazillus entdeckte. Seitdem wissen wir, daß die Grippe zu den Infektionskrankheiten gehört.

Gerichtssaal.

Todesurteile.

In dem dieser Tage vor dem Prager Schwurgerichte durchgeführten Prozesse gegen den 27jährigen Alois Zika aus Zelená (Raaden) (Zika war bekanntlich Führer einer Räuberbande, als Schroten Westböhmens gefürchtet und hat, wie seinerzeit berichtet, den Gendarmen-Oberwachmeister Wages erschossen) und den 18jährigen Ausländer Franz Kozler wurde ein Todesurteil gefällt. Da die Geschworenen die bezüglich Zika gestellten Hauptfragen auf Raubmord und Diebstahl und bezüglich Kozler die Fragen auf Raub und Diebstahl einstimmig bejahten, wurde Zika zum Tode durch den Strang und Kozler zu vier Jahren schweren Kerker verurteilt.

Vor dem Prager Schwurgerichte hatte sich die 49jährige Witwe Marie Rindl aus Prag-Wisofchan wegen Muechel- und Raubmordes zu verantworten. Die Angeklagte war im Juni v. J. in die Wohnung der 75jährigen Barbara Stastny in Wisofchan eingedrungen, streute der Greisin Pfeffer in die Augen und versetzte ihr mit einem Hammer 13 Schläge auf den Kopf, bis diese tödlich getroffen zusammenbrach. Sodann wollte sie den Schreibtisch aufbrechen und das darin befindliche Geld an sich nehmen, wurde aber überrascht und verhaftet. Die Geschworenen bejahten die Schuldfrage auf Muechel- und Raubmord mit acht Stimmen, worauf die Angeklagte zum Tode durch den Strang verurteilt wurde. Der Verteidiger meldete die Nichtigkeitsbeschwerde an.

Kobach in Wien verurteilt.

Zu 48 Stunden Arrest.

Wien, 22. Feber. Der Führer im Dittler-Busch und ehemalige preussische Oberleutnant Kobach wurde, wie berichtet, in der Nacht auf den 8. d. in einem Straßenbahnwagen in Wien verhaftet. Wegen Kobach liegt bei der Wiener Polizei ein Haftbefehl vom Volksgericht in München wegen Teilnahme an Hochverrat vor, ferner wird Kobach von der Staatsanwaltschaft in München wegen Hochverrats strafverfolgt. Kobach hatte sich

gestern vor dem Strafrichter wegen Falschmeldung und Besitz eines falschen Reisepasses zu verantworten. Er war beider Delikte geständig und gab zu, einige Tage nach dem Dittler-Busch nach in Bayern gewechselt und sich dann in Salzburg aufgehalten zu haben. Nach Wien sei er nur zur Erholung und nicht zur Verfolgung politischer Ziele gekommen. Die Falschmeldung erklärte er damit, daß er den österreichischen Behörden keine Unannehmlichkeiten habe bereiten wollen. Kobach wurde zu 48 Stunden Arrest verurteilt, welche Strafe durch die Untersuchungshaft als verbüßt erklärt wurde. Er wird neuerdings der Staatspolizei unterstellt werden, die seine Abschaffung aus Oesterreich durchzuführen wird.

Volkswirtschaft.

Die Völkerebundanleihe an Ungarn.

Aufhebung der Pfandrechte durch die Reparationskommission. — Festsetzung der ungarischen Reparationen.

Die Reparationskommission hat an die ungarische Regierung ein Schreiben gerichtet, in welchem sie den Wunsch äußert, daß die zur Durchführung des Rekonstruktionsplanes des Völkerebundes notwendigen Maßnahmen getroffen werden. Damit die Rekonstruktionsanleihe und die kurzfristige Anleihe gelinge, müssen folgende Beschlüsse gefaßt werden: 1. muß das Reparationspfandrecht auf einige ungarische Einnahmen beseitigt werden, um auf diese Weise eine erste Hypothek zugunsten der Inhaber der Anleiheititres zu schaffen; 2. müssen die von Ungarn aus dem Reparationsmittel in dem zur Amortisierung der Rekonstruktionsanleihe notwendigen Zeitraume zu leistenden Zahlungen und Lieferungen festgesetzt werden. Die ungarische Regierung wird ersucht, ihre Zustimmung zu den betreffenden Verpflichtungen zu erteilen. Die Reparationskommission erklärt, daß sie sofort, nachdem sie die Zustimmung der ungarischen Regierung erhalten haben wird, die beiden oben erwähnten Beschlüsse fassen wird, welche es Ungarn ermöglichen werden, die finanzielle Hilfe im Sinne des Rekonstruktionsplanes zu erlangen.

Der ungarische Vertreter Koranyi überreichte ein Schreiben der ungarischen Regierung, in welchem diese erklärt, daß sie die Beschlüsse der Reparationskommission annehme. Nachdem sich Koranyi entfernt hatte, faßte die Kommission die erwähnten Beschlüsse.

Der Beschluß der Reparationskommission suspendiert zugunsten der Anleihe vom 20. Feber ab für eine Zeit von 20 Jahren das aus dem Friedensvertrage von Trianon sich ergebende Pfandrecht auf die Bruttoeinnahmen aus den Zöllen, dem Tabak- und Zuckermopol, auf die Reineinnahmen aus dem Salzmonopol und anderen Einnahmen und Quellen, ausgenommen die Staatsbahnen; diese Einnahmen können ohne Unterbrechung zur Deckung der Rekonstruktionsanleihe unter den im Plane der Reparationskommission bezeichneten Bedingungen gefordert werden.

Ein zweiter Beschluß der Reparationskommission setzt den Betrag fest, welchen Ungarn in dem Sinne des Friedensvertrages von Trianon für die Dauer von 20 Jahren zu zahlen verpflichtet ist. Der Betrag ist den vom Rekonstruktionsplane vorgeschriebenen Bedingungen angepaßt.

In einem Zusatze zum Beschlusse werden folgende ungarische Zahlungen und Lieferungen, in Goldkronen ausgedrückt, festgesetzt: Vom Jänner 1924 bis Dezember 1926 werden sämtliche Lieferungen in Natura oder Zahlungen von der Reparationskommission mit einem Betrage festgesetzt, welcher dem Werte von 880 Tönen Kohle, die an jedem Arbeitstage geliefert werden, entspricht. In den Jahren 1927 und 1928 ist Ungarn verpflichtet, je fünf Millionen Goldkronen zu bezahlen; vom Jahre 1929 bis 1935 sukzessive sechs, sieben, acht, neun, zehn, elf und zwölf Millionen; vom Jahre 1936 bis 1941 alljährlich dreizehn Millionen; in den Jahren 1942 und 1943 je 14 Millionen Goldkronen.

Verbandsstag der Bankbeamten.

Am 24. und 25. März 1924 findet in Prag der IV. ordentliche Verbandsstag des Verbandes der Bank- und Sparkassenbeamten in der tschechoslowakischen Republik statt. Der Versammlungsort wird noch bekanntgegeben werden.

Neuer Kollektivvertrag im deutschen Bankgewerbe. Wie der Reichsverband der Bankleitungen mitteilt, ist für das Bankgewerbe ein neuer Tarifabkommen geschlossen worden. Die Arbeitszeit beträgt darnach acht Stunden täglich, am Samstag sechs Stunden. Im Bedarfsfalle kann sie von den Bankleitungen auf 5 1/2 Stunden in der Woche festgesetzt werden, ohne daß eine besondere Vergütung für Mehrarbeit eintritt.

Italienisches Kapital in Polnisch-Schlesien. Wie das „Berliner Tageblatt“ aus Rom berichtet, erwarb die „Banca commerciale Italiana“ von der polnischen Regierung gegen zehn Millio-

nen Lire eine Konzession für Kohlenfelder im ehemaligen Oesterreichisch-Schlesien.

Die Maßnahmen zum Schutze der ungarischen Krone. Der Finanzausschuß der ungarischen Nationalversammlung hat nach zweitägiger Beratung den Gesetzentwurf über den Kronenschutz angenommen und wird dem Hause dessen dringliche Beratung empfehlen.

Die neuen deutschen Münzen. Zu den Gerüchten über Ausprägung von neuen deutschen Münzen erfährt das Volksbureau: Das Bedürfnis des Verkehrs nach Hartgeld ist in der letzten Zeit immer stärker in Erscheinung getreten. Es ist wegen insolge dessen zwei Erwägungen über weitere Münzprägungen, über das zu wählende Münzmetall jedoch ist eine Entscheidung noch nicht getroffen worden. Die „Völkische Zeitung“ teilt hierzu noch mit, daß es sich um Stücke von ein, drei und fünf Mark handeln soll. Das neue Geld, das nicht von der Rentenmark, sondern von der Reichsbank ausgegeben wird, soll an die Stelle von Papiergeld treten, welches ausserufen und aus dem Verkehr gezogen werden soll.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Rechenmaschinen, I. Edgar, Kelzanka 2a. 2593

VIII. Prager Frühjahrs-Messe

vom 16. bis 23. März 1924. 2541

Legitimationen à Kc 25.- Prag I., Allstädter Rathaus.

Kunst und Wissen.

A. G. Swinburnes „Chastelar“. Im tschechischen Nationaltheater spielte man vorgestern zum erstenmale den „Chastelar“, ein Staudrama Algernon Swinburnes. Wie bei Schiller steht die schöne, leichtsinnige, liebesvolle Schottenkönigin im Mittelpunkt der Handlung, die übrigens nur die Exposition einer Trilogie ist, deren andere Teile: „Bohwell“ und „Maria in Kerker“ betitelt sind. Von einer Ähnlichkeit mit Schillers Tragödie kann aber nicht gesprochen werden, denn diese Maria Stuart — die die beste tschechische Tragödin, Frau Dostál, verkörperte — erlangte vor allem der Würde und Größe, auf die der idealistische deutsche Dichter besonders Wert legte. Sie ist vielmehr eine Vorläuferin der Gestalten Strindbergs, an dessen „Königin Kristine“ sie stark erinnert. Es ist dieselbe Jügellosigkeit, dieselbe Lebensgier und dieselbe Bewußtsein königlicher Prachtvollkommenheit, das trotz aller Lyriken und Sprachschönheiten, die ihr der Dichter in den Mund legt, diese Maria Stuart verlockt, gegen die Abneigung des Volks und den Haß des Volkes, den ritterlichen Sänger Chastelar zu ihren Geliebten zu machen. Aber schon der Glaube, er habe sie getäuscht, läßt alle ihre Instinkte: Haß, Rachsucht und Lüge erwachen. Sie treibt ihn durch ihre Vermählung mit Darnley zur Verzweiflung und spielt mit seinem Leben. Sein freudig ertragener Tod und der Fluch derer, die ihn wirklich liebte, lassen ihr eigenes blutiges Ende gespenstisch vorkommen. — Das trotz mancher Längen kraftvolle, historisch auch in den Nebenfiguren gut erfahnte Stück des 1909 gestorbenen englischen Dichters fand in der vorzüglichen Regie und der abgetönten Darstellung reichen Beifall. Dr. K. E.

Johannes Brahms' Deutsches Requiem am Freitag, den 29. Feber. Bei der am Freitag, den 29. Feber im Neuen Theater angelegten Aufführung von Johannes Brahms' Deutschem Requiem wirkten die Chöre des Deutschen Männergesangsvereines und des Deutschen Singvereines und als Solisten Maria Gussa und Dr. Hermann Ehm mit. Für diese Veranstaltung werden ermäßigte Konzertpreise eingehoben. Kartenverkauf täglich.

Spielplan des Neuen Theaters. Heute Samstag „Die Entführung aus dem Serail“ mit Theo Herrmann als Osmin a. G. a. K.; Sonntag

tags abends „Der Fürst von Bapenneim“; Montag „Das Lied von der Erde“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Samstag „Der eingebildete Kranke“, „Die Gezierten“; Sonntag halb 3 Uhr „Don Pasquale“, abends „Die deutschen Kleinstädter“.

Bereinsnachrichten.

Urania.

Wochenprogramm.

Sonntag, den 24. d., 9 Uhr vorm. „Rosmos-Wanderung“. Treffpunkt: Endstation der Dreier in Mischle. Wanderung in der Richtung Artich, Jattsi, Branik. Rückkehr circa 1 Uhr mittags. Führung: Herr Steinert.

Sonntag, 10 Uhr vorm.: „Einführung in die Redekunst“ mit praktischen Übungen. (Für das Leben und die Bühne.) Neuer Kurs. Leitung: Friedrich Böglin. Erste Abteilung für Schüler 10—11 Uhr. Zweite Abteilung für Erwachsene. Zeit nach Vereinbarung. Zusagekarte monatlich 12 K.

Sonntag, halb 11 Uhr, Kinosaal. „Zur Reiche der Natur“, Kulturfilm-Vorführung. „Die Sonnenfinsternis“. „Sommer an der Küste“. „Butantan, Brasiliens Kampf gegen die Giftschlangen“. Herstellung von Bronze“ usw. Karten 10—3, Mitgl. 9—2 K.

Sonntag, halb 3 Uhr nachm.: „Kinder-nachmittag“.

Montag, 8 Uhr: „Drei Jahre unter kanadischen Eskimos“ mit Lichtb., Filmen und Phonogramm-Vorführungen. Polarforscher Christian Leben (Christiania).

Dienstag, halb 7 Uhr: „Fasis“, Vortrag Prof. Grünert. Sechster Vortrag in der Reihe: „Dichtung der Weltliteratur“.

Dienstag, 8 Uhr: „Leysin, das Schweizer Sonnenheilbad“ mit prachtvollen Aufnahmen aus den Schweizer Bergen. Dr. Rudolf Ruh. (Zugunsten der Lungenheilstätte in Braunau).

Mittwoch, 8 Uhr: „Zwischen Ortel und Alberg“ mit Lichtb., Ingenieur Bondy. (Gemeinsam mit dem „Touring-Klub“.)

Freitag, halb 7 Uhr: „Das Ribelungenlied“, Univ.-Prof. Erich Gierach Siebenter Vortrag in der Reihe: „Dichtung der Weltliteratur“.

Freitag, 8 Uhr: „Sexualhygiene“ mit Lichtb. und Präparaten. Doz. Dr. Schmidt. Zweiter Vortrag in der Reihe: „Das normale und krankhafte Geschlechtsleben des Weibes“.

Sonntag, 3 Uhr: „Kulturfilm-Vorführung“. Karten zu allen Veranstaltungen: Urania-Kasse, Smetny 22.

„Kinder-nachmittag“. „Der Nachtwächter“ von Körner. Reizende Tänze. Menuett von Handl. „Das Wetterhäuschen“, Duo mit Gesang. Zaubereien. Puppentheater. Turnerische Gruppen usw. Karten 10—4 K.

„Drei Jahre unter kanadischen Eskimos“ mit Lichtb. und Filmen. Polarreisender Christian Leben. Montag, 25., 8 Uhr. Kinosaal. Der schwedische Polarforscher wird von seiner schwierigen und erfolgreichen Expedition, die von Labrador ihren Ausgang nahm, berichtet. Selbstausgenommene Lichtbilder, Phonogramme und Filme unterstützen in wirkungsvollster Weise das gesprochene Wort. Karten 10—4, Mitgl. 8—3 K. 2596

„Am Brunnen vor dem Tore“, Filmstüchspiel in fünf Akten. Erstaufführung im „Urania-Kino“. Mitwirkend: Hela Marco-Wien, Ernst Pollat-Wien, Kapellmeister Kurt Linomayer. Künstlerische Leitung: Dramaturg Otto Arnold-Volkstheater München. Täglich halb 6 und 8 Uhr. Karten: Biokasse, Smetny 22. 2595

Herausgeber: Dr. Ludwig Czech und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Kiehnert. Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag. Für den Druck verantwortlich: O. Saitk.

Kuh & Kretsch

Likörfabrik 1476

Teplitz-Schönau.

Kalla's Bratheringe

Fischkonserven, Bäcklinge.



Zu beziehen durch die: Großverkaufsgesellschaft für Konsumvereine in PRAG II., Fügnerovo nám. 4.

Inserieren bringt Erfolg!

BADESEIFE
pat. Welteruf